

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 46 Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbeckerstr. 17. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg,

Sonnabend, 12. November 1910:

Anzeigen kosten die viergeschaltete Petition oder deren Raum 40 Pfennig (der Betrag ist stets vorher einzuzahlen). Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.

24. Jahrg.

Neue Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes.

II.

Dass der Emanzipationskampf der Arbeiter nicht lediglich auf gewerkschaftlichem Wege geführt werden kann, ist allgemein bekannt und darum ähnelt der Rautschysche Husarenritt gegen die reingewerkschaftliche Methode einem Windmühlenkampfe. Die deutschen Gewerkschafter wissen ja längst, dass die Gewerkschaftsbewegung nur einen Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung bildet. Sie führt ihren Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unentwegt weiter, was die Gewerkschafter natürlich selbst nicht abhält, auch den politischen und genossenschaftlichen Zweig des proletarischen Emanzipationskampfes mit aller Kraft zu unterstützen. Gerade die überzeugten Gewerkschafter, die mit Kopf und Herz bei der Sache sind, betonen stets die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung und verwerfen jegliche Einseitigkeit, sie erwarten das Heil weder von der rein gewerkschaftlichen, noch von der rein politischen, noch von der rein genossenschaftlichen Kampfsmethode. Sie haben aus Erfahrung des praktischen Lebens gelernt, dass die soziale Frage viel zu verzweigt, viel zu umfangreich und auch zu vielseitig ist, als dass sie durch eine einzige Methode zu lösen wäre. Nur ein sozialer Quacksalber gibt sich noch den Anschein, als ob er das Universalmittel zur Lösung der sozialen Frage entdeckt habe; ein praktischer Sozialist lacht über derartigen Humbug, weil er weiß, dass die zahlreichen Schäden und Mängel der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht durch ein einziges Mittel zu beseitigen sind.

Was speziell den Kampf auf politischem Gebiete betrifft, so ist es richtig, dass das deutsche Proletariat zurzeit sehr wichtige praktische Aufgaben gerade in dieser Beziehung zu leisten hat. Die Demokratisierung der Reichsverwaltung und damit zugleich die Befestigung der Herrschaft der agrarischen und industriellen Volksausbeuter ist das nächste Ziel, dem die deutsche Arbeiterklasse zustreben muss. Diese Aufgabe, sagt Rautschy, lässt sich mit rein gewerkschaftlichen Methoden nicht lösen, aber sie ist auch nicht lösbar ohne starke, kampffähige, kampfbewusste Gewerkschaften. Das stärkere Hervorleben politischer Ziele bedeutet kein Zurücktreten der Gewerkschaften, sondern ein festes Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft. Während in früheren Jahrzehnten das deutsche Proletariat noch nicht stark genug war, um allein und ohne Bundesgenossen den Kampf für eine Umwälzung der staatlichen Verhältnisse zu führen, und deshalb genötigt war, sich an bürgerliche Kreise anzulehnen, so ist das heute ganz anders geworden. Heute kann es seinem vernünftigen Menschen mehr einfallen, meint Rautschy, an ein Zusammensehen der Sozialdemokratie mit einer der bestehenden bürgerlichen Parteien zu denken. „Nein, zu einer energischen politischen Aktion findet in Deutschland die Sozialdemokratie heute keinen Bundesgenossen mehr in einer andern Partei. Aber dafür ist heute die Klasse, aus der sie sich rekrutiert, die zahlreichste, ökonomisch unentbehrlichste, effektivste, intelligente, selbständige jener Klassen geworden, die die Masse der Bevölkerung bilden. Nicht Bloßdiplomatie kann uns heute vorwärts bringen, sondern nur noch Massenaktion, und zwar die Aktion organisierter Massen. Die Massenhaftigkeit und die Organisation, das sind die Waffen, die der ökonomischen Situation des Proletariats entsprechen, durch die allein es sich behaupten und zu siegen vermag. Proletarische Massenorganisation und Massenaktion bedeutet aber gewerkschaftliche Organisation und Aktion. Wir kommen nicht vorwärts ohne politische Errungenschaften. Aber wir können politische Siege nicht erreichen ohne die Hilfe starker, kampffähiger und kampfbewusster Gewerkschaften.“

Die Anerkennung der hohen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im proletarischen Emanzipationskampfe durch den Großen Rautschy berührt einen Gewerkschafter natürlich sehr sympathisch. Schade nur, dass diese Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, wie sie im Vorwort zutage tritt, in der Broschüre selbst ganz wesentlich dadurch abgeschwächt wird, dass der Verfasser die gewerkschaftlichen Erfolge der Gegenwart unterschätzt

und dass er für die Zukunft überhaupt keine wesentlichen Erfolge mehr für möglich hält. Ober was heißt es anders, als die Aussichtslosigkeit der Gewerkschaftsbewegung prophezeien, wenn immer wieder auf die steigende Macht der Unternehmerorganisationen hingewiesen wird, die einen eisernen Ring bilden, der durch gewerkschaftliche Mittel nicht zu sprengen sei. Man soll einen Gegner nicht unterschätzen, das ist ein richtiger Grundsatz der Kriegsführung, aber man soll auch den Gegner nicht als unüberwindlich hinstellen, da dadurch das Selbstvertrauen der Kämpfer untergraben wird. Deshalb wird die Rautschysche Broschüre von Seiten der Gewerkschaften kritisiert, weil sie geflissentlich hervorhebt, was die Gewerkschaften nicht leisten können, während sie besser daran tät, den Arbeitern zu sagen, welche Entwicklungsmöglichkeiten den Gewerkschaften noch gegeben sind. Und wer möchte leugnen, dass die Gewerkschaften noch lange nicht am Ende ihrer Erfolge angelangt sind? Gerade die Kriegerkämpfe der letzten Monate, die sich im Baugewerbe und auf den Schiffswerften abgespielt haben, haben den Beweis erbracht, dass auch heute noch die Gewerkschaften in der Lage sind, positive Erfolge zu erringen und ihren Mitgliedern Löhnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu erkämpfen. Und sie haben auch gelehrt, dass es sehr wohl möglich ist, durch gewerkschaftliche Mittel den eisernen Ring der Unternehmer zu sprengen oder wenigstens zu lockern. Zu bedauern ist hierbei nur, dass es auch noch Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftszeitungen gibt, die sich darin gesellen, die gewerkschaftlichen Erfolge zu verkritisieren und dadurch den Kämpfern, die mit solch großer Leidenschaft und Gelingungskunst an der dritten Stunde Arbeitszeitverkürzung und von den paar Pfennigen Löhnerhöhung reden, Wasser auf ihre Mühlenteile. Geradezu komisch wirkt es aber, wenn man im gewerkschaftlichen Teile einer sozialdemokratischen Zeitung häufig von einem Sieg auf der ganzen Linie liest, während im politischen Teile die Aussichtslosigkeit der gewerkschaftlichen Kampfsmethode als Dogma gepredigt wird.

Die Unterschätzung der gewerkschaftlichen Erfolge in Gegenwart und Zukunft ist die Voraussetzung der Rautschyschen Auffassung über die künftigen Kampfsmethoden des deutschen Proletariats. Man lese nur: „Wenn in allen Gebieten und Branchen, wo starke Gewerkschaften schon lange bestehen, deren Aufgaben auf rein gewerkschaftlichem Gebiete sich immer mehr auf die des Festhaltens des Errungenen beschränken, große Fortschritte durch rein gewerkschaftliche Methoden dort immer schwieriger und seltener werden, eröffnet sich ihnen ein ungeheures Gebiet fruchtbster Tätigkeit durch das Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaft, durch Aktionen, die gleichzeitig die gewerkschaftliche wie die politische Tätigkeit bestreiten.“

Wir sind die ersten, die einem Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaft das Wort reden, wenn wir auch die Rautschysche Begründung als falsch ablehnen. Doch kommt es für uns als gewerkschaftliche Praktiker darauf an, über die in Aussicht gestellten Massenaktionen genauen Aufschluss zu bekommen. Die dünnen Andeutungen der Genossin Luxemburg, dass wir schärfere Mittel anwenden und über die Straßendemonstrationen hinausgehen müssen, genügen uns nicht; wir wollen wissen, welche Mittel und welche Methoden wir anwenden müssen, um die Erfolge zu erzielen, die der rein gewerkschaftlichen Methode versagt sind. Und wir nehmen auch für uns das Recht in Anspruch, über die Mittel und Methoden und ihre Anwendung mitzusprechen und mitzubestimmen. Jede Einseitigkeit ist hier vom Nebel, und wenn uns die Aktion organisierter Massen als die neue Methode des proletarischen Kampfes empfohlen wird, so erscheint der Anspruch der Gewerkschaften auf Einräumung des Mitbestimmungsrechtes als eine Selbstverständlichkeit, die nicht erst erwähnt zu werden brauchte, wenn es nicht Politiker gäbe, die da meinen, sie brauchen nur den Signalpfeif ertönen zu lassen und die Gewerkschaften würden sich in Bewegung setzen. Mit einer solchen Auffassung von dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften muss ein für allemal aufgeräumt werden.

Was nun die neuen Kampfsmethoden selbst betrifft, so spielt hierbei offenbar der Massenstreit eine wichtige Rolle. Wir wollen heute der Versuchung

widerstehen, eine Untersuchung über die Möglichkeit, die Durchführbarkeit und die Wirkung eines proletarischen Massenstreits anzustellen, aber vor dem einen möchten wir warnen, dass wir die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung auf eine einzige Karte setzen. Diese Methode eines va banque-Spielers, der in bodenlosem Leichtsinn oder in einer Stimmung der Verzweiflung das Schicksal herausfordert, schenkt die Gewerkschaften grundsätzlich ab. Dazu ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu alt, zu groß und zu stark geworden, als dass sie sich auf Elemente einlassen sollte, die unter Umständen die Bewegung auf Jahrzehnte zurückzulehnen und die soziale und politische Reaktion erst recht in den Sattel heben könnten. Und die Führer der Gewerkschaften haben zu viel Verantwortungsgefühl, als dass sie es stillschweigend mit ansehen sollten, wie von unverantwortlichen Personen Methoden und Kampfmittel propagiert werden, die eine große Gefahr für die Zukunft des deutschen Proletariats in sich bergen.

Die deutschen Gewerkschafter sind durchaus keine Gegner irgendwelcher neuen Kampfsmethoden, und sie sind gern bereit, alle diesbezüglichen Anregungen und Vorschläge in den Bereich ihrer Erörterung zu ziehen, einstweilen aber haben sie noch keine Lust, einem unfruchtbaren Stadtteilismus zuliebe auf ihre bewährte Methode zu verzichten, der sie so große Erfolge verdanken. Sie sind stets am Platze gewesen, wenn es galt, den politischen Kampf zu unterstützen, und sie werden auch für dennoch ihre Pflicht und Schuldigkeit in der Unterstützung der Sozialdemokratie tun, weil sie in ihr die Interessenvertretung der klassenbewussten Arbeiter auf politischem Gebiet erblicken, aber dabei werden sie niemals vergessen, dass die gewerkschaftlichen Organisationen noch lange nicht am Ende ihrer Erfolge angelangt sind. Es wäre ein gewerkschaftlicher Selbstmord, wenn sie Hals über Kopf einen Sprung ins Dunkle machen wollten. Und wenn auch Rautschy sich dagegen verwahrt, dass er die Absicht habe, die Bedeutung der Gewerkschaften zu verkritisieren und die Gewerkschafter mit Pessimismus zu erfüllen, so sagt uns doch ein richtiger gewerkschaftlicher Instinkt, dass seine Broschüre nicht dazu angewandt ist, die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung zu erhöhen und den gewerkschaftlichen Interessen zu dienen.

Zu den Vorgängen im Gauamt I.

Daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes im Gau I, Herr Obermeister Hansen, die Amtsiedereiung des unparteiischen Vorsitzenden Dr. Grässler am Gauamt zu einem tendenziell gefärbten, aufgebauten Artikel benützt würde, war für uns so sicher wie zwei mal zwei vier sind. Nachdem in Nr. 5 der „Allgemeinen Malerzeitung“ das Porträt des Herrn Hansen den Lesern in den verschiedensten Stellungen vor Augen geführt wurde, konnte man in Nr. 6 nicht unterlassen, auch einmal die „geistige“ Größe des weniger mächtigen Führers in seinem vollen Lichte erscheinen zu lassen, dazu bot dieses kleine Gländchen die allerbeste Gelegenheit. Hauptsächlich wird die „A. M.“, als geistiges und materielles Eigentum des Herrn Hansen, finanzielle Schaden leiden, damit der gewünschte Effekt voll und ganz erreicht wird.

Zunächst möchten wir die Anwürfe des Herrn Hansen, „die Gehilfen hätten Tarifbrüche auf Tarifverträgen gehäuft“, als eine grobe Unwahrheit bezeichnen, da den Gehilfen bis zum heutigen Tage von keiner Tarifinstanz ein solches Vergehen nachgewiesen werden konnte. Einzelne Tarifverstöße der Gehilfen stehen Dutzende von Vergehen der Arbeitgeber gegenüber. Auf alle die übrigen Gehilfen und Unwahrheiten einzugehen, die sich dieser Obermeister glaubt leisten zu können, müssen wir vorläufig verzichten, da wir sonst den Raum des „B.-A.“ über Gebühr in Anspruch nehmen müssten.

Das Gauamt I Hamburg hat am 12., 13. und 14. April, am 21. und 22. Mai, dann am 30., 31. Juli und 1. August, zuletzt am 29. und 30. September getagt. In dieser Zeit sind annähernd 50 Fälle anhängig gemacht und nur ungefähr 5 oder 6 Fälle verabschiedet worden. Wenn wir die Zeit und Menge, die allein die Ortsräte für alle genannten Fälle aufgewendet haben, in Betracht ziehen, dann kann die Tatsache nicht geleugnet werden, dass die Tarifinstanzen im Gau I reichlich in Anspruch genommen sind und trotzdem können wir konstatieren, dass in keinem Gau Deutschlands so wenig Tarifverträge erledigt wurden, wie im „Gau Hansen“. Der Gauvorstand in Hamburg versteht es außerordentlich gut, in allen Fällen die Entscheidungen der Ortsräte anzurechnen resp. getroffene Vereinbarungen schallend zu hinterreiben, um Berufungen an das Gauamt zu ermöglichen, allerdings ein Recht, welches man keiner Partei verwehren kann. Wenn aber, wie im Gau I, die

Berufungen an das Gau- und Haupttarifamt lediglich den Charakter der schikanösen Verschleppung tragen und damit jede erspriessliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Tarifwesens unmöglich wird, so erwachsen daraus Verhältnisse, zu denen auch die Amtsniederlegung des Dr. Grallert als Vorsitzender des Gaukartamtes zu rechnen ist.

Am Sonnabend den 29. September beschäftigte sich das Gaukartamt volle $2\frac{1}{2}$ Stunden mit einer Berufung der Gehilfen über den Vertrag aus Schleswig. Herr Hansen behauptete, daß die Berufung zu spät eingereicht, indem er Dokumente herbeischleppte, die beweisen sollten, daß das Protokoll bereits am 3. Juli zu Händen des Gehilfenvormannes Meßner gelangt ist, während in Wirklichkeit das Protokoll erst am 4. Juli ausgehändigt wurde.

Im Falle Stettin muhte sogar von den Arbeitgebern gegen die einseitige Berufung durch Hansen Beschwerde und Verwahrung eingelegt werden, weil durch solches Vor gehen die Eintracht der Gehilfen mit den Meistern gestört würde. Auch im Falle Hildesheim mühten sich ebenfalls die Arbeitgeber gegen die zweiseitigen Maßnahmen des Herrn Hansen wahren. Hansen wollte mit aller Gewalt, daß das Gaukartamt einen Beschluss fassen sollte, während die Arbeitgeber von Hildesheim und mit ihnen das gesamte Gaukartamt mit einem Ausgleich die Sache erledigen wollten. Mit allem Nachdruck betonte Herr Dr. aus Hildesheim, daß sie (die Meister) tariflichen Frieden und nicht den Streit und Zank wünschen, der durch den Vorschlag Hansens herbeigeführt würde.

Die gesamten Tarifverhandlungen sind mit solchen charakteristischen Fällen durchsetzt, woraus sich ergibt, daß es dieser Gauvorstand weniger auf die friedliche Lösung der tariflichen Streitigkeiten abgesehen hat, als darauf das tarifliche Vertragsverhältnis zu zerstören.

Herr Dr. Grallert hat wiederholt in früheren Sitzungen die Befreiung ermahnt, ihm das Amt als unparteiischer Vorsitzender doch etwas zu erleichtern, in mehr sohalter Weise die formalen und die materiell von geringer Bedeutung liegenden Fälle auszugleichen; jedoch war die Mahnung ohne Erfolg. Das Maß ist ein, das bei allen, auch bei den kleinsten Angelegenheiten, von dem Herrn Hansen als Vorsitzenden des Gau I in Anwendung gebracht wird, hat das Maß gefüllt und in allerster Linie die Amtsniederlegung herbeigeführt. Die Art und Weise Hansens, jede, auch die geringste Kleinigkeit zu einer Staatsaktion zu gestalten, den Schein zu erwecken, als handle es sich um eine Deduktion von "wissenschaftlichem" Werke, muß man bloß kennen und solche Verhandlungen selbst mitgemacht haben, um zu begreifen, warum dem unparteiischen Vorsitzenden der Geduldssaden gerissen ist. Bereits bei den Haupttarifverhandlungen in Berlin wurde von kompetenter Seite Herr Hansen als "Gerichtsdirektor" tituliert und auch bei den Verhandlungen des Gaukartamtes wurde von . . . (wir wollen nicht indiskret sein) der Ausspruch "Brozechansel" für sein Gebrächen gebracht.

Der § 3 Absatz 6 des R.-E.-G. ist wohl der umstrittene Paragraph neben dem Ausgleichsvereinigungskomitee etwa 140 Ortskartamts haben sich mit diesem Paragraphen beschäftigt. Sechs Gaukartamts-Entscheidungen liegen vor, die alle verschieden sind, dabei noch vier Haupttarifamts-Entscheidungen und trotzdem ist die prinzipielle Frage, der Kern der Sache noch nicht entschieden. Bei dem Fall Dörn-Hamburg lag eine Entscheidung des Gaukartamtes Hamburg vor, die folgendermaßen lautet:

"Auf die Berufung der Gehilfschaft wird der Schiedsgerichtsbeschluss des Ortskartamts Hannover vom 20. März 1910 aufgehoben. Die Sache wird zurückgewiesen."

Bei dieser Entscheidung ist zu berücksichtigen, daß die für den unumstößlichen Mehraufwand nach § 3 Absatz 6 zu gewährende Vergütung vom Ortskartamt ziffernmäßig festzusehen ist und daß diese Norm durch Vereinbarung der Parteien des einzelnen Arbeitsvertrages nicht herabgesetzt werden kann."

In der Begründung hierzu (siehe "B.-A." Nr. 18, Seite 141 d. J.) heißt es u. a.: "Unter Norm im Sinne jener Vorschrift ist die Feststellung einer ziffernmäßig bestimmten Vergütung zu verstehen, so daß jeder Teil des Arbeitsvertrages von vornherein bei Arbeiten außerhalb des Kartofortes wechselt, welche Vergütung zu gewähren ist und darauf rechnen kann. Die Norm soll aber bereits vor Abschluß des einzelnen Vertrages bestehen und ihn beherrschen. Sie soll bezwecken, den Streit der Parteien über die Höhe des zu erreichenden Mehraufwandes im Seine zu ersticken."

Wenn somit die Gehilfschaft im Falle Dörn sich gegen eine nochmalige Verhandlung vor dem Ortskartamt über den § 3 Absatz 6 erklärt, so war dieses ihr gutes Recht, um so mehr, als das Verlangen des Vertreter der Arbeitgeber, "jeden einzelnen Fall des notwendigen" Mehraufwandes zu prüfen und festzustellen, gegen die grundsätzlichen Bestimmungen des Reichsttarifvertrages verstößen würde. Wir glauben nicht, daß die etwas energische Verteidigung dieser Sache durch die Gehilfschaftsvertreter Herrn Dr. Grallert Veranlassung bieten könnte, sein Amt zu quittieren, sondern vielmehr die recht gehässigen Aussfälle Hansens als Vertreter der Gehilfschaft, insbesondere gegen den Bezirksleiter Buch, wobei er sich so weit versteigert, die Urteile als gefälscht hinzustellen. Wir müssen bestreiten, daß Herr Dr. Grallert von den Gehilfsen irgendwie persönlich beleidigt oder angegriffen worden ist. Wir waren ebensoviel wie Hansen in der Lage, die Verhandlungen beim Zurückziehen des Gaukartamtes verfolgen zu können, aber wir glauben nicht, daß Worte wie "Dickschädel" u. dgl. von dem unparteiischen Vorsitzenden gebraucht wurden sind, vielmehr ist anzunehmen, daß solche Rüpelreien sich lediglich in der Phantasie des Herrn Hansen abgespielt haben. Wenn die Gehilfsen als Zuhörer sich bei der Erklärung des Vorsitzenden durch Braborne bemerkbar machen, so doch nur, weil das System Hansen damit eine latschende Ohrenfeige erhält. Um die Vorgänge dieser Amtsniederlegung richtig verstehen und begreifen zu können, gehört zwar etwas weniger Eigendunkel, aber desto mehr Wahrheitsliebe dazu. Herr Hansen kann immer noch den Fall Boysen nicht verbauen, er begreift nicht, daß die Gehilfen einen Tarifgegner zu den Tarifverhandlungen abgelehnt haben, und behauptet, daß der Ton im "Hamburger Echo" die Schuld der Gehilfen sei und so den Rücktritt des Staats-Herrn Boysen verursacht habe. Eine grobe Lüge, die durch das Wiederholen nur auf Herrn Hansen zurückfällt.

Das ganze demagogische Treiben dieses Mannes offenbart sich aber in den beiden Schlussfazzen, wo drei hervorragende, allgemein geachtete Sozialpolitiker als Friedensapostel bezeichnet und zur Beantwortung der tariflichen Verhältnisse herangerufen werden. Wir verstehen wirklich nicht, was diese Männer beim Maler-Tarifvertrag verbrochen haben, indem es doch wesentlich das Werk der drei Juristen Dr. Wiedelsdt., Magistratrat v. Schulz und Dr. Brenner ist, daß ein Tarifvertrag mit allen seinen Zusätzen erichtet wurde. Wenn von Friedensaposteln beim Maler-Tarifvertrag gesprochen werden kann, dann trifft es in erster Linie die drei unparteiischen Herren vom Gaukartamt, und an diese wäre die Frage zu richten, was in solchen Fällen zu tun sei. Herr Hansen besitzt den traurigen Mut, auf hinterhältigem Wege die Unparteilichkeit des Gaukartamts für die Amtsniederlegung Dr. Grallerts resp. die Gehilfen und ihr Verhalten verantwortlich zu machen, um sein demagogisches Treiben zu verdecken.

Die kommende Haupttarifamtsitzung, die noch im Laufe dieses Monats stattfinden soll und sich fast ausschließlich mit Berufungen aus Gau I zu befassen hat, wird Gelegenheit geben, zu erfahren, ob der Vorstand des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände mit der Münchner Arbeit des Vorsitzenden im Gau I einverstanden ist.

des Sportzimmers behandelte er ebenso, daß wir von weitesten wie an ein Schneeglobus erinnert werden: sie wurde in grauen Lönen eigenartig getupft. Die Wandflächen wurden im übrigen gelb gegeben und zum Teile freihändig bearbeitet; die Möbel wurden weiß lackiert.

Das Konferenzzimmer einer Studienanstalt ist eine Arbeit von Karl und Josef Leipzinger. Dieses Konferenzzimmer kam uns in besonderer Weise als ein Beispiel gelten, mit welcher Beschränkung die moderne Decorationsarbeit zu arbeiten sich bestrebt und trotzdem einen großartigen Stimmungsgehalt im Raum zu erzielen vermag. So wurden die Wände dunkelgrün gestrichen und noch etwas in Felder geteilt (aber natürlich sein und in berechnetem Gleichtakt zur Größe der Wandflächen und des Raumes), die Decke violettblau gestrichen und dunkelviolett einfach bemalt. Dazu kommen einige decorative Supraporten, einige bemalte Fensterläden — das ist in der Haupthalle alles. Nun gehen aber jetzt die beiden Leipzinger noch einen bedeutungsvollen Schritt weiter, indem sie den Raum mit mächtigen decorativen Gemälden (Stoffleibildern) von Professor Urban ausstatten. Die Grundstimmung des Raumes neigt sich damit zu einer förmlichen Eleganz. Damit anderseits fröhlich der Leipzinger'sche Realismus etwas durchgegangen war, denn solche Konferenzräume in Studienanstalten gibt es leider in Wirklichkeit noch nicht, weshalb denn die Arbeit, wenn sie mit der hohen Kunst sich nicht so stark in das Zeug legt, besser der Situation der Gegenwart entsprochen hätte. Anderseits ist aber gerade wieder dieses Einsehen der hohen Kunst für die Zwecke der Aufgabe, zu welcher die decorative Stuckermalerei sozusagen mir dem Grundriss abgibt, gerade das Vorbildliche der Sache, ja manch Wante es, sehr vom raumkünstlerischen Standpunkt aus, sogar ein roststiertes Verständnis derselben benennen.

Der Empfangsraum eines Gesandtshauses nach einer Idee des berühmten Architekten Gabriel von Seidl von Georg Fuchs entworfen und von Fuchs und Kleben ausgeführt, hat manche Gegnerhaft gefunden, weil er in einem zu reichen Kleide von装饰性 Malerei auftritt. Nun ist zu beachten, daß ein solcher Empfangsraum ein Repräsentan-

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Während der Monat August auf dem Arbeitsmarkt im Baugewerbe gegen den Juli eine ziemliche Verstärkung des Andrangs Arbeitssuchender gebracht hatte, war im September eine kleine Erleichterung zu verzeichnen. Diese in jedem September eintretende Besserung war jedoch in diesem Jahre so schwach, wie in keinem Jahre seit 1906. Während im Vorjahr, im September 1909, der Minderandrang auf 100 offene Stellen 40,90 gegen den August betragen hatte, ging die Zahl der Stellungssuchenden in diesem Jahre nur um 10,33 zurück. Wie sich die Lage am Arbeitsmarkt im Baugewerbe während der letzten fünf Jahre in den Monaten Juli bis November stellte, zeigt folgende Tabelle. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitssuchende:

| | Juli | August | Septbr. | Oktober | Novbr. |
|-------|--------|--------|---------|---------|--------|
| 1906. | 110,48 | 107,06 | 96,52 | 118,86 | 141,70 |
| 1907. | 110,18 | 108,80 | 83,30 | 118,14 | 159,20 |
| 1908. | 142,74 | 160,90 | 134,80 | 185,77 | 243,49 |
| 1909. | 147,92 | 160,80 | 119,90 | 139,75 | 176,15 |
| 1910. | 136,57 | 145,29 | 134,94 | — | — |

Selbst im Jahre 1908 ist im September der Andrang Arbeitssuchender im Baugewerbe nicht so groß gewesen, wie dies im laufenden Jahre der Fall ist. Auch ist in keinem der vier vorhergehenden Jahre die Erleichterung gegen den August so gering gewesen wie 1910, wenn auch im September der Andrang bedeutend geringer war als in den beiden Vorjahren. Denn in diesem Monat pflegt alljährlich die Bautätigkeit die und da durch die Besserung gehemmt zu werden. Die Entwicklung der Lage am Arbeitsmarkt hat sich für die verschiedenen Gruppen des Baugewerbes recht ungleichmäßig gestaltet. In den einzelnen Berufen kamen während der Monate August und September 1909 und 1910 auf 100 offene Stellen Arbeitssuchende:

| | 1909 | | 1910 | |
|--|--------|--------|--------|--------|
| | Aug. | Sept. | Aug. | Sept. |
| Maurer, Buber, Stuckateure . . . | 158,43 | 155,15 | 129,63 | 153,71 |
| Zimmerer, Trepennacher . . . | 126,99 | 145,23 | 144,63 | 157,15 |
| Maler, Anstreicher, Lackierer . . . | 179,00 | 127,20 | 160,90 | 107,76 |
| Gäser . . . | 107,45 | 112,50 | 98,92 | 103,87 |
| Übrige gelernte Berufe . . . | 208,35 | 124,10 | 182,59 | 183,66 |
| Erdbauer, Bautagelöchner, Handlanger . . . | 130,62 | 130,62 | 122,41 | 122,16 |

Gebessert hat sich die Lage am Arbeitsmarkt in bedeutendem Maße nur bei den Malern, Anstreichern und Lackierern. Ebenso kommt bei den Gäsern eine ziemlich wesentliche Besserung der Marktlage festgestellt werden, wie es auch bei den Erdbauern, Bautagelöhnern und Handlängern der Fall war. Die Besserung des Marktes für Maler, Anstreicher und Lackierer erstreckt sich auf Berlin, Hessen-Nassau, Rheinland, Bayern, Baden, Hessen und Hamburg. Im Großherzogtum Hessen und im Niedersachsen ist in diesem Jahre eine Verbesserung von August auf September festzustellen gewesen, in anderen Landesteilen hat sich die Lage sowohl gegen September 1909 als auch gegen August 1910 gebessert. Der Andrang Arbeitssuchender betrug auf je 100 offene Stellen:

| | 1909 | | 1910 | |
|---------------------|--------|---------|--------|---------|
| | August | Septbr. | August | Septbr. |
| Berlin | 136,5 | 91,8 | 118,1 | 51,9 |
| Hessen-Nassau . . . | 432,3 | 210,3 | 235,4 | 202,8 |
| Rheinland . . . | 268,9 | 278,1 | 189,1 | 227,6 |
| Bayern . . . | 155,1 | 118,3 | 144,9 | 110,5 |
| Baden . . . | 223,0 | 200,0 | 189,4 | 167,9 |
| Hessen . . . | 358,2 | 477,4 | 189,7 | 253,9 |
| Hamburg . . . | 365,8 | 171,5 | 140,8 | 99,9 |

Gegenüber den Landesteilen, in denen der Arbeits-

tionsraum ersten Manges ist, und wenn in ihm gemahlt werden soll, schon wirklich gemahlt werden muß. Andererseits wirkt der Raum etwas unruhig durch die lebhafte Streifung der Wände (in Rosetten auf grauem Hintergrund). Auch die Verteilung der Bilder über die Wände trägt nicht zur Ruhe des Raumes bei. Repräsentativ, hochvornehm wirkt indessen der Raum außerordentlich und dies wird ganz allein wieder nur durch die dekorative Malerei bewirkt. Sie gibt sich in Gestalt von imposanten, auf Leinwand gemalten Stilleben und Freskomalereien. Die Frieze — am besten vielleicht als verebbete spätbarocke Malereien bezeichnet, Rosetten tragend (in Schwarz, Braun und Grau) mit artillerierenden Motiven und mit bunten Vogeln und Früchten in dem Gezweige und grünen Laubwerk — diese Frieze treten als etwas einen guten halben Meter breite, vertikale Teillungen der Wände auf und gliedern die Langwände des Raumes durch vier solche Felder. Die Eingangswand besitzt zwei der Frieze und zwar, wie gleichfalls auf den Langwänden, in einen der Seiten der Türe. Die Stilleben sind drei große, ovale Supraporten, vorzüglich gegebene Freskomalereien in kräftigem Grau und Braun auf hellem Grunde. Alle diese Malereien werden die Supraporten von französischer Gestaltung — Goldflocken eingesetzt. Ferner wurden die Fensterläden freihändig mit blauen, grünen Laub und violetten Früchten bemalt, die Türen weiß lackiert und mit Goldflocken verziert. Das Mobiliar besteht zumeist aus Empire-Stücken (mit goldenen und roten schildernden Beulen), wie denn überhaupt die ganze Ausstattung das Aussehen an den Stil dieser Periode anstellt. Auch das ist im Auge zu behalten: die Arbeit führt den Beweis, daß, wenn der talentierte Dekorationsmaler der Gegenwart genutzt wird, als Restaurator oder Konserver oder als Restaurator im Alltag tätig zu sein, ihm die Beschädigung davon durchaus nicht abgeht.

Eine Arbeit jüngeren Charakters, doch nicht minder das Leben der begüterten Stände repräsentierend, ist mit wieder der Damen-Salon entworfen und ausgeführt von Stephan & Wall. Mit dem Leipziger Konferenzsaal hat er den gemeinsamen Charakter des großen Ausstellungssaals der Dekorationsmaler gegenüber der sonstigen Ausstattung des Raumes,

Die Münchener Ausstellung bemanter Wohnräume 1910

Von Heinrich Steinbach.

IV.

Einige bemalte Möbel, das Clubzimmer eines Wintersportvereins, das Konferenzzimmer einer Studienanstalt, der Empfangsraum eines Gesandtshauses, der Dinersalon und das Speisezimmer der Ausstellung sollen uns in diesem Schlussbericht nunmehr noch kurz beschäftigen.

Die bemalten Möbel befinden sich im Rosenhause, das Konferenzzimmer eines Wintersportvereins, das Clubzimmer einer Studienanstalt, der Empfangsraum eines Gesandtshauses, der Dinersalon und das Speisezimmer der Ausstellung sollen uns in diesem Schlussbericht nunmehr noch kurz beschäftigen. Diese Möbel wurden weißgrau eingestrichen, dunkelviolett lackiert und mattiert. Die Füllungen wurden ebenso grundiert, lackiert und getupft und mit wilden Röschen bemalt. Die Zwischenstücke wurden in sogen. Wasserstrichen grün lackiert und lackiert, einige andere z. B. seitliche Säulen an einer Kreuzensäule, schwarz behandelt. Das farbige Gesamtbild dieser Möbel ist von vorzülicher Wirkung.

Das Wintersportzimmer, entworfen von Otto Wium, ausgeführt von Wium und Gößen, erregt unsre Aufmerksamkeit durch eine eigenartige Friesmalerei, die der Bestimmung des Raumes in einer sehr treffenden Weise gerecht wird. Klug, um daß Zimmer bewegt sich über Türhöhe, eine gut einen Meter breite Komposition, die uns in einen tief verschneiten Wald versetzt, in Frost und Eis, einem Dichticht von Zweigen, gegenläufig, die sich unter ihrer schweren Last auf die Erde herabheben: alles das wurde mit überzeugender Wirklichkeit in grauen und weißen Lönen gemalt. Der Charakter der Komposition läßt sich im einzelnen kaum beschreiben, jedoch ist ausdrücklich zu bemerken, daß wir mit ihr keine beliebige Winterlandschaft vor uns haben, sondern eine neuartige, dekorative Flächenmalerei, die die Natur mit besonderen Augen gesehen hat, gehört ja doch Otto Wium, zu den talentiertesten jüngeren Künstlern der Münchener Dekorationsmalerei. Die Deko-

markt eine Erleichterung gegen 1909 aufwies, stehen eine ganze Reihe, die im September 1910 eine Verschlechterung, eine Verstärkung des Andrangs erkennen lassen. Die Provinzen Brandenburg, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, die Königreiche Sachsen und Württemberg, Bremen und Elsaß-Lothringen weisen gegen das Vorjahr eine Verschlechterung auf, wenn auch einzelne von ihnen gegen den Vormonat dieses Jahres, den August, eine erhebliche Besserung erkennen lassen. Das ist der Fall in den Provinzen Brandenburg, Posen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, dem Königreich Sachsen und in Bremen. Nur in Schlesien, Württemberg und Elsaß-Lothringen ist die Lage des Arbeitsmarktes für Maler, Ausstecher und Lackierer im September 1910 schlechter gewesen als im August. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

| | 1909 | | 1910 | |
|------------------------|--------|---------|--------|---------|
| | August | Septbr. | August | Septbr. |
| Brandenburg . . . | 154,4 | 74,8 | 158,0 | 82,6 |
| Posen | 74,6 | 85,0 | 94,8 | 90,2 |
| Schlesien | 116,6 | 82,1 | 103,1 | 103,8 |
| Sachsen | 193,4 | 103,5 | 176,8 | 114,8 |
| Schleswig-Holstein | 229,7 | 107,6 | 227,8 | 139,5 |
| Hannover | 146,9 | 76,3 | 151,8 | 110,1 |
| Westfalen | 170,9 | 121,9 | 243,0 | 165,7 |
| Königreich Sachsen | 186,5 | 80,2 | 209,7 | 110,4 |
| Württemberg | 147,4 | 133,6 | 134,1 | 136,7 |
| Bremen | 236,2 | 105,5 | 190,2 | 144,1 |
| Elsaß-Lothringen . . . | 102,4 | 115,9 | 135,9 | 165,8 |

Aus dem Heraufgehen der Andrangsziffern in Brandenburg und Posen unter 100 dürfen keine falschen Schlüsse gezogen werden, da diese Zahlen nur rechnerisch möglich erscheinen.

Die berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung.

II.

Dass die Straßbesigungen der Berufsgenossenschaften erweitert wurden (§ 112), lässt sich sehr schön. Wie wenig aber die Vorstände der Berufsgenossenschaften von dieser Befugnis Gebrauch gemacht haben, das ist in jedem berufsgenossenschaftlichen Jahresbericht nachzuschlagen und auch jedem Sozialpolitiker bekannt. — Das Fazit der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung ist offenkundig und ergibt sich auch an der Hand der amtlichen Unfallstatistik. Bei den gesamten gewerblichen Berufsgenossenschaften kamen durchschnittlich auf pro Tausend versicherte Personen:

| | Verletzte Entschäd. Unfälle |
|----------------|-----------------------------|
| 1890 | 30,28 |
| 1895 | 37,90 |
| 1900 | 44,76 |
| 1908 | 51,82 |
| | 5,36 |
| | 6,24 |
| | 7,46 |
| | 8,36 |

Zum Laufe des letzten Jahrzehnts hat die geistige Entwicklung der Arbeiter nicht zu unterschätzende Fortschritte gemacht und damit auch das Verständnis für den Wert der Gesundheit und das Verlangen nach gesetzlichem Arbeitsschutz. Die Heilkunde und mit ihr die Chirurgie zeigen eine hohe Leistungsfähigkeit, die nicht unbeträchtlich dazu beigetragen hat, den Krankenassen und Berufsgenossenschaften ihre Aufgaben zu erleichtern. Und trotz alledem stieg die Zahl der Unfälle und besonders auffällig die Zahl der Schwerverletzten oder entwältigten Unfälle! — Dieser Mißerfolg findet einerseits seine Ursache in der autoritären Stellung der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung und in dem Unvermögen dieser Zwangsorganisationen der Unternehmer, entsprechend der industriellen Entwicklung und der Steigerung der Arbeitsleistungen den technischen Schutz zu gestalten. Aber auch anderseits hat die über alle Maßen große Gleichgültigkeit der Unternehmer gegenüber der Durchführung der berufsgenossenschaftlichen und behördlichen Unfallverhütungsvorschriften dazu beigetragen, die absolute und relative Zahl der Unfälle

Auch hier will die Dekorationsmalerei nichts weiter als der stimmungsvolle, alles harmonisch zusammenfassende Hintergrund sein und im übrigen verzierende Elemente nur sparsam geben. Sie bestehen in Supraporten, frisch gemalten Blumenstückchen und dann in einigen kleinen Eben-Malereimotiven oben auf den Wandflächen. Diese bestehen einen blauen Sockel, über diesem die Flächen, in großer Felder geteilt mit blauen Einfassungen, in Grau mit rosigem Schimmer. Die Decke wurde grau getupft, die Möbel mattweiss lackiert. Die stärksten farbigen Elemente bringen in den Raum nun aber noch eine Reihe von gepolsterten Möbeln und die Fenstervorhänge. Zu ihnen wurde ein prachtvoll farbiger Creton verwendet, in Grün und Rot mit Gelb und Braun, jener englische Stoff, den als pomposen Schmuck in das deutsche Zimmer wieder eingeführt zu haben die moderne Raumkunst das Verdienst hat. Einen hervortragenden dekorativen Schmuck dieses Damensalons bildet ferner ein Damenporträt ganzer Figur in Lebensgröße.

Endlich ist auch das Speisezimmer von Karl Wehrhau's berechnet auf die Lebensverhältnisse der oberen Lebentäufend: es ist abermals eine Arbeit von prachtvollem Gesamteindruck. Schon die vorgenommenen Einbauten verleihen dem Raum eine ungewöhnliche Bequemlichkeit. Er enthält im Hintergrunde eine mehrere Meter breite, auch sehr tiefe Nische mit Kamin und Wandbänken, auf der gegenüberliegenden Seite einen über die ganze Breite des Zimmers gehenden erhöhten und für sich abgeschlossenen Fensterplatz. Nische, Fensterplatz und Zimmer wurden dekorativ individuell behandelt, natürlich so, daß die Gesamtheit der Komposition im Zusammenhange bleibt. Die Nische wurde mit einer braungebeizten Eichenholzvertäfelung versehen und, auf weißem Grunde, mit einer ebensolchen Balkendecke. Der Fensterplatz erhält einen hohen Sockel, dunkelgrau in Kamminzugtechnik mit violettem Schimmer gemalt und von schwarzen schmalen Leisten eingesetzt. Die Wände wurden mit vollem Ornament in Gelb und Violett bemalt, mit Ausnahme von drei großen quadratischen Feldern, welche die Beleuchtungslöcher tragend, in Grau mit weißen Verzierungen gegeben wurden. Die Decke blieb weiß, die Möbel wurden wieder mit Creton bedacht, weiß lackiert und schwarz abgesetzt. Im Zimmer

steigen zu lassen. Diese Haltung der Unternehmer ist zum Teil eine Folge des Einflusses der Arbeitgeberorganisationen, in denen die den Arbeitern feindlichen Tendenzen mit großer Mühelosigkeit propagiert werden. Dieser Stellungnahme der Unternehmer ist nicht nur vereinzelt auch durch die Berufsgenossenschaften Worschub geleistet worden. Man verfolge mir die Berichte von den Generalversammlungen der Berufsgenossenschaften, wie dort über die Rentenversicherung, Unbotmäßigkeit und Altershörscherei der Arbeiter geredet wird. Die "Unbefangenheit" der berufsgenossenschaftlichen Verwaltungsleiter tritt hier offen zutage.

Die Aufsichtstätigkeit der Berufsgenossenschaften hat vollständig versagt.

Hierüber berichtet das Reichsversicherungsamt für 1908: "Von 688556 Betrieben, welche bei den beteiligten 62 Berufsgenossenschaften vorhanden waren, sind 190232 revidiert worden. Die Beamten haben zusammen an 33705 Tagen Betriebsbesichtigungen und an 8273 Tagen Lohnbuchprüfungen vorgenommen. 8877 Tage verwandten sie auf Kontrollen von Rentenempfängern und andre Dienstgeschäfte; insgesamt haben sie 50855 Revisionstage nachgewiesen." In den berufsgenossenschaftlichen Jahresberichten wird die Tätigkeit von 327 technischen Aufsichtsbeamten behandelt; dennoch kann durchschnittlich auf jeden Aufsichtsbeamten 582 revisierte Betriebe und 103,07 Revisionstage für die technischen Betriebsbesichtigung. Bei der technischen Betriebsbesichtigung kommt es auf die Eigenart, den Umfang des Betriebes und die technische Beschriftung des technischen Aufsichtsbeamten an. Was die letztere Frage betrifft, so haben die technischen Aufsichtsbeamten der Bauberufsgenossenschaften deren Bedeutung wohl erkannt. Zweifellos entspringt daraus ihre Forderung, in jedem Jahre eine Konferenz der Aufsichtsbeamten abhalten zu dürfen, um einen Austausch der Meinungen und der Erfahrungen über die Unfallverhütung zu ermöglichen; aber die Baubewerks-Berufsgenossenschaften haben diese wiederholte Forderung leider beachtet gezeigt.

Für die Überwachung der Betriebe (inkl. der Lohnbürcher usw.) haben die 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 1553238 M. ausgegeben. Um aber auf diesem Gebiete in größerem Umfang wirken zu können, müssten diese Genossenschaften mindestens das zweite Anzahl der vorangegangenen Summe ausgeben. Im Baugewerbe sucht man sich damit zu helfen, daß die Regierungen veranlassen, die Baupolizeibehörden mehr im Dienste der Berufsgenossenschaften aktiv tätig sein zu lassen. Vor allem wollen sich diese Organisationen bei der Wahrnehmung des Arbeiterschutzes seiner Behörden mehr im Dienste der Berufsgenossenschaften zu dem § 947 des ersten Entwurfs einer Reichsversicherungsvorschrift ändern. Eine Erweiterung des technischen Aufsichtsbeamten um den sonst dringend erforderlichen Gesundheitsschutz lämmert sie sich nicht, sie stehen sogar oft im Interesse ihrer Mitglieder einer dahingehenden Ausdehnung des Arbeiterschutzes feindlich gegenüber, was bei der Bequemlichkeit der behördlichen Arbeiterschutzberechtigung oft zum Ausdruck kommt. Die Reichsgewerbeordnung (§ 120 Absatz 2) gibt den berufsgenossenschaftlichen Vorständen das Recht, derartige Entwürfe gutachtl. zu prüfen, wobei die Behörden nur zu leicht geneigt sind, den Verschlechterungsvorschlägen Nachdruck zu tragen. Das Gewerbe-Umfallversicherungsgesetz mit der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungswahrnehmung hat eben die autoritative Stellung der Berufsgenossenschaften begründet; diese zu beseitigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben bei dem Kampf um den Arbeiterschutz.

Vor allem bleiten die Unfallverhütungsvorschriften den Versicherten nicht den hinreichenden technischen Schutz für die einzeln gefährlichen Arbeiten in klarer und präziser Art den erforderlichen Schutz zu bestimmen. Oft werden dringende Schuhvorschriften unterlassen mit der Begründung, es sei der Sache nicht dienlich, die Unternehmer allzu sehr zu belasten. Eine Erweiterung des berufsgenossenschaftlichen Schutzes erfordert so durchweg eine umfangreiche Begründung. Nicht die klar erkennbare Gefahr an sich ist für die Vorstände der Berufsgenossenschaften maßgebend, sondern nur der zahlenmäßige Nachweis, daß durch die Unterlassung eines größeren Verlusts, der Verlust an Menschenleben usw. und dadurch eine Entzündigungsbelästigung zu verzeichnen war. Die Erweiterung dieser Vorschriften geschieht in Zeitabständen von acht bis zehn Jahren. Einzelne Berufsgenossenschaften brauchen sogar noch mehr Zeit, um sich über die Notwendigkeit einer Reform ihrer Unfallverhütungsvorschriften klar zu werden. In dem mehr oder weniger unzuverlässigen Inhalt dieser Vorschriften ändert auch, wie leider die Erfahrungen zeigen, die Entwicklung der Arbeiterversicherung nicht. Abgesehen von der geringen Rückständigkeit eines nicht unbedeutenden Teils dieser Arbeiterversicherer, sorgt die wirtschaftliche Abhängigkeit und die autoritäre Stellung der dabei mitverantwortlichen Unternehmer, daß die Arbeiter in den seltsamsten Fällen ihren Vorschlägen Gehör verschaffen können. Gegenüber den Entwürfen der berufsgenossenschaftlichen Vorstände ist selbst das Reichsversicherungsgesetz oft nicht in der Lage, zweimäßige Aenderungen durchzusetzen. Die Unfallverhütung wird allein dictiert von den arbeiterfeindlichen Elementen, die sich in den Vorständen bei der übergroßen Zahl der Berufsgenossenschaften befinden. Im übrigen aber ist die berufsgenossenschaftliche Wahrnehmung der Arbeiterschäden nur dazu angelegt, der Reichsregierung und den Landesregierungen Argumente zu bieten, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zum Arbeiterschutz vernachlässigen zu können. Auch der neue Entwurf einer Reichsversicherungsvorschrift ändert an diesem Punkt an der Dinge nichts. Um aber die Unfallverhütung und den Arbeiterschutz den Anforderungen der Zeit und der technischen Entwicklung anzupassen, ist es erforderlich, daß diese Aufgaben den Berufsgenossenschaften entzogen und in einer mehr unabhängigen Abhängigkeit übertragen werden.

Die Errichtung einer Reichszentralstelle für Arbeiterschutz wäre dringend notwendig. Einweiterung hierzu das Reichsversicherungsamt in Verbindung mit dem Reichsgesundheitsamt die erforderlichen Eigenschaften bietet, soll hier nicht untersucht werden. Die Zentralstelle müsste die Befugnisse und die Pflicht haben, die Schuhvorschläge der Arbeitersorganisationen und anderer Körperchaften praktisch zu prüfen und zwar durch Versuchsstationen; als solche könnten für den Bau- und Bergbau berufsspezifische Schuh die behördlichen Bauten und die staatlichen Bergbaubetriebe in Betracht kommen. Diese so geprüfte Unfallverhütung würde bei allen Errungen und Mängeln immer noch ein besseres Resultat für den Arbeiterschutz zeitigen als das, was die Berufsgenossenschaften bis jetzt geleistet haben. Im weiteren würden dann die als notwendig erkannten Maßnahmen vom Reich oder von den Landesregierungen auf dem Wege der Gesetzgebung getroffen werden müssen. Die Durchführung dieser Arbeiterschutzgesetze könnte nur die Aufgabe der Landeszentralbehörden sein.

7. Österreichischer Gewerkschaftskongress.

Am 17. Oktober begann die Tagung des Kongresses, der von 440 Delegierten besichtigt war, die 350000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertraten. Als Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands nahm der Vorsitzende der Generalkommission Genossen Legge teil. Unser österreichischer Bruderverband hatte die Kollegen Waller, Böhmer, Hompa, Witte, Taurer und Wanek und als Vertreter der Verbandsprese den Kollegen Kieber delegiert. Vor Eintritt in die Tagung nahm der Kongress eine Resolution einstimmig und ohne Debatte eine scharfe Resolution gegen die Lebensmittelverteuerer, an deren Schluß gefragt wird: „Der Kongress fordert die Arbeiter auf, den Gewerkschaften rasch neue Mitglieder zu werben, den Gewerkschaften zu stärken und ihren inneren Aufbau zu vervollkommen. In der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation erblickt der Kongress

lichen Verbrauch von Materialien und so mit nicht unbeträchtlichen Kosten verknüpft. In diesen Gewerben, wo die Betriebsstätten oder Betriebsseinrichtungen nur von vorübergehender Dauer sein können, hat sich die berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung am ungeeigneten gezeigt. Diese Unfähigkeit der Berufsgenossenschaften hat auch die Verantwortung gegeben, daß sich die Landeszentral- und Ortsbehörden wieder des Arbeiterschutzes erinnerten. Bestand vor einem Jahrzehnt bei den Bundesregierungen noch eine starke Abneigung, den Unfallverhütungstechnischen Schutz landesgesetzlich zu regeln, so ist, wie die in den letzten Jahren erlassenen Ministerialverordnungen zeigen, hier eine Aenderung in der Stellungnahme eingetreten. Die Bauunfallverhütung durch die Berufsgenossenschaften gegenüber der von Ministerialverordnungen zur Geltung gebrachten geht immer mehr zurück. Der reichsgelehrte und landesbehördliche Arbeiterschutz ist im Vergleich zu dem berufsgenossenschaftlichen auch umfassender und einheitlicher; ein Moment, das bei diesen Fragen viel zu wenig gewidmet wird und doch von weitgehender Bedeutung ist. Die Berufsgenossenschaften können und wollen auch nur unfallverhütungstechnischen Schutz geben, um den sonst dringend erforderlichen Gesundheitsschutz auszukämpfen. Sie sich nicht, sie stehen sogar oft im Interesse ihrer Mitglieder einer dahingehenden Ausdehnung des Arbeiterschutzes feindlich gegenüber, was bei der Bequemlichkeit der behördlichen Arbeiterschutzberechtigung oft zum Ausdruck kommt. Die Reichsgewerbeordnung (§ 120 Absatz 2) gibt den berufsgenossenschaftlichen Vorständen das Recht, derartige Entwürfe gutachtl. zu prüfen, wobei die Behörden nur zu leicht geneigt sind, den Verschlechterungsvorschlägen Nachdruck zu tragen. Das Gewerbe-Umfallversicherungsgesetz mit der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung hat eben die autoritative Stellung der Berufsgenossenschaften begründet; diese zu beseitigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben bei dem Kampf um den Arbeiterschutz.

Vor allem bleiten die Unfallverhütungsvorschriften den Versicherten nicht den hinreichenden technischen Schutz für die einzeln gefährlichen Arbeiten in klarer und präziser Art den erforderlichen Schutz zu bestimmen. Oft werden dringende Schuhvorschriften unterlassen mit der Begründung, es sei der Sache nicht dienlich, die Unternehmer allzu sehr zu belasten. Eine Erweiterung des berufsgenossenschaftlichen Schutzes erfordert so durchweg eine umfangreiche Begründung. Nicht die klar erkennbare Gefahr an sich ist für die Vorstände der Berufsgenossenschaften maßgebend, sondern nur der zahlenmäßige Nachweis, daß durch die Unterlassung eines größeren Verlusts, der Verlust an Menschenleben usw. und dadurch eine Entzündigungsbelästigung zu verzeichnen war. Die Erweiterung dieser Vorschriften geschieht in Zeitabständen von acht bis zehn Jahren. Einzelne Berufsgenossenschaften brauchen sogar noch mehr Zeit, um sich über die Notwendigkeit einer Reform ihrer Unfallverhütungsvorschriften klar zu werden. In dem mehr oder weniger unzuverlässigen Inhalt dieser Vorschriften ändert auch, wie leider die Erfahrungen zeigen, die Entwicklung der Arbeiterversicherung nicht. Abgesehen von der geringen Rückständigkeit eines nicht unbedeutenden Teils dieser Arbeiterversicherer, sorgt die wirtschaftliche Abhängigkeit und die autoritäre Stellung der dabei mitverantwortlichen Unternehmer, daß die Arbeiter in den seltsamsten Fällen ihren Vorschlägen Gehör verschaffen können. Gegenüber den Entwürfen der berufsgenossenschaftlichen Vorstände ist selbst das Reichsversicherungsgesetz oft nicht in der Lage, zweimäßige Aenderungen durchzusetzen. Die Unfallverhütung wird allein dictiert von den arbeiterfeindlichen Elementen, die sich in den Vorständen bei der übergroßen Zahl der Berufsgenossenschaften befinden. Im übrigen aber ist die berufsgenossenschaftliche Wahrnehmung der Arbeiterschäden nur dazu angelegt, der Reichsregierung und den Landesregierungen Argumente zu bieten, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zum Arbeiterschutz vernachlässigen zu können. Auch der neue Entwurf einer Reichsversicherungsvorschrift ändert an diesem Punkt an der Dinge nichts. Um aber die Unfallverhütung und den Arbeiterschutz den Anforderungen der Zeit und der technischen Entwicklung anzupassen, ist es erforderlich, daß diese Aufgaben den Berufsgenossenschaften entzogen und in einer mehr unabhängigen Abhängigkeit übertragen werden.

Die Errichtung einer Reichszentralstelle für Arbeiterschutz wäre dringend notwendig. Einweiterung hierzu das Reichsversicherungsamt in Verbindung mit dem Reichsgesundheitsamt die erforderlichen Eigenschaften bietet, soll hier nicht untersucht werden. Die Zentralstelle müsste die Befugnisse und die Pflicht haben, die Schuhvorschläge der Arbeitersorganisationen und anderer Körperchaften praktisch zu prüfen und zwar durch Versuchsstationen; als solche könnten für den Bau- und Bergbau berufsspezifische Schuh die behördlichen Bauten und die staatlichen Bergbaubetriebe in Betracht kommen. Diese so geprüfte Unfallverhütung würde bei allen Errungen und Mängeln immer noch ein besseres Resultat für den Arbeiterschutz zeitigen als das, was die Berufsgenossenschaften bis jetzt geleistet haben. Im weiteren würden dann die als notwendig erkannten Maßnahmen vom Reich oder von den Landesregierungen auf dem Wege der Gesetzgebung getroffen werden müssen. Die Durchführung dieser Arbeiterschutzgesetze könnte nur die Aufgabe der Landeszentralbehörden sein.

das wichtigste und wirksamste Mittel zur Abwehr der verhindernden Wirkungen der Teuerung.

Nach Begrüßung durch die auswärtigen Delegierten erstattete der Gewerkschaftsscretär Genosse Hübner den Gewerkschaftsbericht der Gewerkschaftskommission. Er schilderte die schweren Kämpfe, die die einzelnen Verbände zu führen gezwungen waren und konstatierte, daß die Organisationen trotz der Krise für viele tausend Arbeiter Lohnhöhungen und Arbeitszeitverkürzung erreicht wurde. Zu der Jugendorganisation wie auf dem Gebiete des Unterstützungsweises ist ein erfreulicher Fortschritt festzustellen. Die Einnahmen der Kommissionen betrugen in den letzten drei Jahren 374 000 Kronen, die Ausgaben 343 000 Kr. Die Zentralverbände haben allein an Arbeitslosenunterstützung 6 340 000 Kr. veranschlagt, ohne die Ausgaben für Unfallitäts- und Sterbefälle und für Witwen. Die Reichskommission hat sechs Sekretariate eingerichtet und zwar in Prag, Reichenberg, Brünn, Krakau, Innsbruck und Triest. Zum Schluss schilderte Hübner noch eingehend das Wirken der Unternehmerverbände. Im Jahre 1913 laufen gegen 2000 Tarife ab, die das ganze Reich berühren. Schweren Kämpfen standen bevor, Einigkeit und Schlagfertigkeit der Gewerkschaften sei daher vor allem dringend notwendig.

Der Kommission wird ohne Debatte Decharge erteilt. Über die Tätigkeit des Arbeitsstatistischen Amtes und des Arbeitsbezirks erstattete Abg. Müller Bericht, über die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission Abg. Wiedholz, wobei er auch die burokratische Überlastung der Gewerbeinspektion scharf kritisierte.

Der wichtigste Punkt des Kongresses war "Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsorganisation". Der Referent Hübner empfahl nach eingehender Würdigung der Situation folgende Resolution, die auch zur einstimmigen Annahme langte:

"Der Kongress begrüßt den Beschluß des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, der die einheitliche gewerkschaftliche Organisation in allen Staaten einrichtunggebend gemacht hat. Die Bewegung der Vertreter der Sozialdemokratie der Welt entspringt nicht nur der theoretischen Erkenntnis allein, sondern ist vielmehr aus den praktischen Erfahrungen aller Kämpfe, die das Proletariat um mehr Brot und Kultur in allen Staaten, in Österreich insbesondere, führen mußte, hervorgerufen worden. In einer Zeit der wachsenden Macht des international organisierten Unternehmertums, der Groß-Mittel- und Kleinindustrie, der Beherrschung der Industrie durch Trusts und Banken des In- und Auslandes wäre es ein verhängnisvolles Beginnen, wenn die Gewerkschaften Österreichs auf die einheitliche Führung des Kampfes der organisierten Arbeiterschaft sowohl im Angriff wie in der Abwehr verzichten wollten, und doch verhindern wollten, weil nationale Wünsche sich dieser Einheitslichkeit entgegenstellen. Von dieser Erkenntnis durchdrungen, beschließt der Kongress, an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen organisatorischen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie der Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hierauf nicht abzuweichen. Der Kongress billigt, daß die Reichskommission im Sinne des Kopenhagener Beschlusses ihre Zustimmung zur Beschließung der Einigungskommission, die von der gesamten Kreuztruppe der Sozialdemokratie in Österreich in Vorschlag gebracht wurde, gegeben hat. Die Reichskommission steht bei der Bezeichnung über die Beschließung der Einigungskommission von dem Grundsatz leiten, vor dem Gewerkschaftskongress einer Pflicht der Internationale gegenüber und den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Situation zu entsprechen. Anders beurteilt die Prager Kommission die Wichtigkeit des Zusammenschlusses dieser Einigungskommission, indem sie sich die Beschließung dieser Kommission erst nach der Abhaltung des tschecho-slowakischen Kongresses vorbehält. Die Hinwendung des Termins der unverbindlichen Aussprache über die prinzipiellsten Streitfragen, die für den Kongress der Zentralverbände sowie für den Kongress der tschechoslowakischen Organisationen von größerer Bedeutung sind, lädt eine Friedensstimmung bei den Separatisten leider nicht erwarten. Die willkürlichen Ausschließungen guter und im Dienste der Arbeiterschaft ergrauter Parteigenossen, die rücksichtslose, jeder Verantwortung bare Sprache der tschechischen Parteipresse in Böhmen und Mähren benehmen fast jede Aussicht, einen dauernden Frieden auf diesem Wege zu erreichen. Mit Rücksicht jedoch auf den Beschluß des Kopenhagener Internationalen Kongresses ermächtigt der Gewerkschaftskongress die Reichsgewerkschaftskommission, falls die Prager Gewerkschaftskommission geeignete Verhandlungsvorschläge macht, in Verhandlungen einzutreten. Sollten diese Verhandlungen zu einer die Gewerkschaften befriedigenden Lösung nicht führen, so würde den Zentralverbänden der Kampf um ihre Einheit ausgezwungen werden. So schmerlich dieser Kampf sein würde, so möchte er leider in Österreich durchgefochten werden. Der Kongress richtet daher an die Arbeiter aller Nationen den Appell, an der Zentralisation der Organisation festzuhalten, die allein den siegreichen Kampf gegen das übermächtige Kapital in Gegenwart und Zukunft dem Proletariat in Österreich verbürgt."

Die Einigungsverhandlungen sollen im November beginnen.

Betreffs Vertragsleistung zur Kommission und zum Solidaritätsfonds wurde beschlossen, daß jede Organisation von jedem erhobenen Wochenbeitrag 2 Heller an die Gewerkschaftskommission und $\frac{1}{2}$ Heller zum Solidaritätsfonds leiste.

Zur Frage der Laiität bei Streiks und Ausperrungen referierte Beer. Die von ihm vorgelegten Leitätze fanden nach lebhafter Debatte Annahme.

Weiter referierten Schrammel über die Sozialpolitik und die Parlamente, Hanusch über die Verkürzung der Arbeitszeit, Smidla über die Abschaffung des Arbeitsbuches und Neumann über Wohnungsfürsorge und Arbeitsschutzvertrag. Die von den Referenten vorgeschlagenen Resolutionen gelangten einstimmig zur Annahme. Ein Vortrag, die Gewerkschaftskommission zu beauftragen, für die Errichtung eines Arbeitersekretariats die nötigen Schritte einzuleiten und dem nächsten Kongress Vorschläge zu unterbreiten wurde angenommen. Die bläherigen Mitglieder der Gewerkschaftskommission wurden wieder gewählt.

Damit waren die Arbeiten des Kongresses erledigt. Legten manche zum Schluß nochmals zur Einigkeit. Die Einigung müsse kommen. Denn würde es zu einer Trennung zwischen Separatisten und Zentralisten kommen, würde der Kampf wieder ausbrechen, dann würde die österreichische Arbeiterbewegung und nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Bewegung schwersten Schaden nehmen. Wenn Sozialdemokraten in einer Zeit wie der gegenwärtigen in Kampf untereinander geraten, wo die Bourgeoisie politisch und wirtschaftlich sich rüstet, welch ein Beispiel würde da für die ganze internationale Bewegung gegeben werden. Ein Interesse der österreichischen, im Interesse der Arbeiterbewegung aller Nationen müsse diese Einigung der Arbeiter kommen.

Der internationale Sekretär Hübner sprach im gleichen Sinne. Genosse Beer gab dann noch einen kurzen Rückblick vom Verlaufe der Verhandlungen und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Internationale den Kongress.

Aus unserem Berufe.

Zwei Musterchristen. Was für Elemente sich mitunter in der christlichen Organisation breit machen, lehrt so recht wieder folgendes Vorkommnis. Als im Sommer dieses Jahres während des Malerstreiks in Davos der christliche Verband seine Mitglieder als Hausreizer zur Verfügung stellte und mit den dortigen Meistern einen weit schlechteren Tarif abschloß, als der zuvor bestandene war, arbeitete dabei selbst der Malergerüst Fritz Berger, ein Meistersohn aus Hohenstein-Ernstthal in Sachsen. Seit etwa sechs Wochen arbeitet er in München mit seinem gleichgesinnten Kollegen Paul Michael aus Meerane in Sachsen im Neubau des Verkehrsministeriums. Gleich in den ersten Wochen befundete einer derjenigen seine christliche Nächstenliebe dadurch, daß er sich dem Meister gegenüber in abfälliger Weise über die Arbeitsleistung eines andern Kollegen aus dem christlichen Verband äußerte, der dann auch nach einigen Tagen entlassen wurde. Anfang der vergangenen Woche übernahmen beide eine Arbeit in Altord. Sie schufteten in tarifwidriger Weise von Beginn der Morgendämmerung bis in die späte Nacht hinein, wobei sie sich kaum Zeit zur Mittagsmahlzeit gönnten. Als sie von einem Mitgliede unseres Verbandes auf die Tarifverletzung hingewiesen wurden, antwortete B. in frecher Weise: "Ich sch... etwas auf den Tarif!" Leider stand die Mehrzahl der Kollegen mit zwei Ausnahmen aus Unorganisierten. Die Angelegenheit wurde jedoch der Tarifkommission mitgetragen, diese schritt ein und beide mußten sich auf die festgelegte Arbeitszeit beschränken. Dies versetzte sie nun erst recht in Wut. Bei der nächsten Gelegenheit stürzte jener Berger auf unsern Kollegen B., in dem er den Unziger vermutete, los, um ihn in eine Prügelei zu verwickeln. Letzterer hielt sich diesen christlichen Haushalt so gut es ging vom Leibe. Als die beiden sahen, daß ihr Plan fehlschlug, versuchten sie durch beständige Stichelei ihr Ziel zu erreichen. Dies half auch nichts und wurde durch die Ruhe und Verbundenheit des Kollegen B. vereitelt. Seht fassten sie einen neuen, höchst raffinierten Plan. Als unser Verbandskollege kurz vor Feierabend etwas aus seiner Jackertasche nehmten wollte, entdeckte er ein fremdes Handtuch darin. Die andern Kollegen und der Meister wurden sofort als Zeugen herbeigerufen und als Eigentümer des Handtuchs stellte sich jener Berger heraus. Sein verdächtiges Benehmen bestärkte bei allen die Überzeugung, daß er selbst das Handtuch in die Tasche gesteckt hatte, um den Kollegen B. als Dieb hinstellen zu können. Es ist leider eine bekannte Tatsache, daß bei Streitigkeiten zwischen Freiorganisierten und Christlichen die Meister in der Regel die Partei der letzteren ergriffen, weil diese sich stets als die unschuldig Verfolgten hinzustellen wissen. Auf dieses Vorurteil wird dann von Seiten solcher Elemente in gemeinerster Weise spekuliert, und nicht immer gelingt es, solche Gaunerereien so glücklich zu entlarven, wie es hier geschehen ist. Dem christlichen Malerverband kann man zu solchen Mitgliedern aber wahrhaftig gratulieren.

Frankfurt a. M. Am Mittwoch den 2. November fand die Generalversammlung für das dritte Quartal 1910 statt. Nach dem durch den Kollegen Blöcher erstatteten Kassenbericht betrugen die Einnahmen 32 984.68 Mt. inl. des 13 745.68 Mt. betragenden Kassenbestandes und die Ausgaben 16 737.51 Mt. Der jetzige Kassenbestand beträgt 16 247.12 Mt. Die Beitragseistung ist eine befriedigende, rund 2356 Mitglieder haben volle 13 Wochen bezahlt.

Den Geschäftsbericht erstattet Koll. Margraf. Die Konjunktur im dritten Quartal war eine leidliche. Die Zusammenstellung des Bauarbeiterkontrolleur läßt unschwer eine steigende Tendenz der Bautätigkeit erkennen. Es befinden sich gegenwärtig 119 Bauten im inneren Ausbau und weitere 398 Bauten sind vom Stadion des Flughafens bis zum Rathaus-Berghaus in Ausführung. 202 Neuauflnahmen waren im dritten Quartal zu verzeichnen, aber auch die Abreise war eine erhebliche, sodass der Mitgliederzuwachs ein relativ geringer ist. Der Mitgliederbestand am Schluß des dritten Quartals beträgt 2557, gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahrs ein Mehr von 212 Mitgliedern. Im allgemeinen ist eine Besserung des Organisationsverhältnisses zu konstatieren und trifft das sowohl auf die Lohngebiete wie die einzelnen Betriebe zu; besonders partizipieren an dieser Besserung die Lackiererei betriebe. Die geschäftliche Tätigkeit erstreckt sich auf zwei allgemeine Versammlungen, davon eine öffentliche, zwei Lackiererversammlungen, zwei Filialkonferenzen, fünf Konferenzen in den Lohngebieten, drei Bezirkversammlungen, 20 Werkstattversammlungen und 26 Beratungen, Versammlungen, Hausagitation usw. in den Filialen. Ferner wurde eine umfangreiche Hausagitation mit vorausgegangener Flugblattoverbreitung aus Anlass der im September statzfundene öffentlichen Versammlungen im ganzen Filialgebiet vorgenommen. An Lohnbewegungen anderer Organisationen waren wie in einigen Fällen beteiligt. Resultatlos mußte der Streit in den Agros-Union-Werken abgebrochen werden, unsre an dem Streit beteiligten Kollegen traten anderweitig in Arbeit. Eine besonders reiche Tätigkeit hatten die im Bereich der Filiale bestehenden zwei Ortsräte zu entfalten. Das Frankfurter tagte viermal und das Offenbacher fünfmal. Über die auf Grund des §. 10 des

Reichstarfs verhängten Sperren wurde bereits berichtet. Interessant ist zu beobachten, daß in Fällen, wo die Gewerkschaft bei den billigen Subventionen war, ein Antrag an das Ortsamt nicht gestellt wurde; (wiel solcher Subventionen wurden im "B.-A." veröffentlicht), dagegen in anderen Fällen man mit einer Anzeige sehr schnell bei der Hand war. Einwirkung die Unternehmer bei diesem ihrem Vorgehen auf dem richtigen Wege sind, daß zu untersuchen soll nicht unsere Aufgabe sein. Erstaunt liest man aber in der Nr. 44 der "Süddeutschen Maler-Zeitung", daß bei drei Subventionen das Ostert des Vorstandes der Ortsgruppe Frankfurt a. M., F. J. Schäfer, die Selbstosten darstellt. Dass auch eine Reihe von Verstößen gegen die sonstigen Bestimmungen des Reichstarfs vorkommen, nimmt bei der bekannten Parole des Herrn Kruse nicht wunder. Die Firma Grüder, G. m. b. H. wurde zur Zahlung des Mehraufwandes für die in Homburg v. d. H. und Oberursel beschäftigten Kollegen verurteilt. Einige weitere Fälle wurden ebenfalls zugunsten der Kollegen erledigt. Besonders bedauerlich ist es, daß einige Hanauer Arbeitgeber es fertig bringen, junge, erst ausgelernte Gehilfen mit 28 und 28 Pf. pro Stunde zu entlohen. Die Durchführung des Tarifs in den Vororten läßt noch sehr viel zu willigen übrig und wird im kommenden Frühjahr mit allem Nachdruck dafür gewirkt werden. Zum Schluß wies Koll. Margraf auf die bekannten Vorgänge auf den Verbandstagen der Unternehmer hin, wo die Tariffreiheitlichkeit der Unternehmer in eigentlichem Lichte erschien. Eine fortwährende Stärkung unserer Organisation ist deshalb und aus Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation doppelt geboten.

Zum Punkt 2 wurde ein Antrag der Verwaltung, 50 Mt. für Bildungszwecke bereit zu stellen, einstimmig angenommen, dagegen ein anderer Antrag, einem Vertrauensmann 7.50 Mt. für 15 verbrauchte Extramarlen zu ersetzen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Mit dem Hinweis auf einige britische Bergaufstiege sind die leider nicht gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Kreuznach. Seit September dieses Jahres hat sich hier eine Filiale unseres Verbandes, zur Filiale Mainz gehörig, gebildet, der 30 Mitglieder angehören. Es ist dies das vierte Mal seit 1899. Die Mehrzahl der hiesigen Kollegen, die bei der Gründung 1899 hier beschäftigt waren, sind auch jetzt noch hier in Arbeit, und sie wissen alle, welche Vorteile sie damals errungen durch ihre Zugehörigkeit zur Organisation. Nach einem dreitägigen Streik 1901 bewilligte die Arbeitgeber einen Lohnzuschlag von 6 Pf. von 28 auf 34 Pf. pro Stunde. Das ist nun schon neun Jahre her. Seitdem ist der Lohn nicht mehr gestiegen, was darauf zurückzuführen ist, daß sämtliche Kollegen nach dem Streik und nachdem sie die Früchte des Kampfes eingeholt hatten, der Organisation den Rücken kehrten. Dieses hat sich bitter getan. Die Lebenslage der hiesigen Kollegen ist die denkbar schlechteste. Es sind hier Gehilfen, über 20 Jahre alt, welche Stundenzücht von 30 und 32 Pf. ja sogar von 20 und 22 Pf. erhalten. Wie man da leben kann in einer Stadt, wie dem teuren Kreuznach, das kann nur der bemerken, der selbst jahrelang in diesen Verhältnissen vegetiert. Es ist kein Gehilfe hier, der sich nicht über die geringe Entlohnung, die nicht ausreicht, das nackte Leben zu fristen, zu beklagen hätte, und trotzdem findet ein großer Teil nicht den Mut, sich der Organisation anzuschließen. Es hat keinen Zweck, zu schwören und die Fäuste zu ballen, sondern notwendig ist, sich der Organisation anzuschließen, um mit vereinten Kräften eine halbige Besetzung dieses kleinen Arbeitsplatzes zu bewirken. Ein Hauptgrund, daß hier nichts zustande kam, sind die persönlichen Nebereien unter den Kollegen, Neid, Zwietracht und Mitleid finden auch hier in voller Blüte. Darum ist es auch nicht zu verwundern, wenn die Behandlung der hiesigen Gehilfen seitens der Arbeitgeber danach ist. Gehilfen, die ihre besten Kräfte für einen Schuhlohn hingeben, werden in einer Weise behandelt, daß es nicht mehr schön ist. Hier hilft aber alles Klagen und Jammer nichts, wenn die Kollegen nicht selbst ihrer Macht bewußt sind. Nur durch die Organisation kann Arbeit geschaffen werden. Deshalb, Kollegen von Kreuznach, seid einig. Eine höhere Aufgabe steht euch bevor! Erstet gemeinsam für eure Interessen einen Christlicher und gesunder Geist, der Geist der Organisation, der Brüderlichkeit, muß euch beherrschen, dann ist ein Erfolg auch sicher, und fortan wird es weiter vorwärts gehen.

Brixwall. Bei den neun hiesigen Malermeistern werden im Sommer fast regelmäßig 40 bis 50 Kollegen beschäftigt. Die Mehrzahl der Kollegen arbeitet allerdings auf den umliegenden Gütern und sonstigen Betrieben der nosleibenden Landwirte und lebt vielleicht an den Sonntagen nach Brixwall, um nach des Tages Mühen — denn die tägliche Arbeitszeit beträgt hier noch 11 Stunden, von morgens 6 bis abends 7 Uhr — auch einige Stunden dem Vergnügen zu widmen, hierin wird nun mehr als zu viel gehalten, sodass dem wohl mit die Schulz zuzuschreiben ist, daß hier noch so mittelalterliche Zustände bestehen. In sieben großen Salons ist alljährlich große Tanzmusik, und überall findet man die Säle überfüllt. Die hiesige Arbeiterschaft, wenn sie nur kräftig das Tanzbein schwingen kann, einige darüber mal für kleine Kaufereien wieder Gelegenheit finden, ist auf acht Tage dann wieder zurückgekehrt. Man schafft wieder von Sonnenuntergang bis Sonnenuntergang, und wenn das Jahr vorüber ist, sehen sie genau denselben trostlosen Zuständen entgegen, wie sie bisher bestanden haben. Gewerkschaftliche Organisationen sind hier ganzlich unbeliebte Dinge. Wohl weiß man so viel, daß man hierfür Beiträge zu leisten hat, darum will man diese Gelder lieber nicht anwenden, und zwar in Alkohol, dessen Konsum hier gerade sehr geringer ist. Während die Maurer usw. in bezug auf Löhne bei den Bauhandwerkern fast allgemein an der Spitze marschieren, arbeiten sie hier noch für 18 bis 22 Pf. die Stunde, trotzdem zurzeit hier eine sehr rege Bautätigkeit herrscht. Die Maler haben einen Lohn von 42 bis 44 Pf., aber Buschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit kennt man nicht, und wer solche Arbeit verweigert oder gar einmal zu lange fristlos, wird zur geeigneten Zeit entlassen.

Kollegen, die schon in andern Städten gearbeitet haben, klären uns darüber auf, daß hierin Handel zu schaffen nur möglich sei, wenn wir uns gemeinsam ver-

bunden und Anschluss an unsre Berufsorganisation suchen. Um festzustellen, ob hierfür Neigung vorhanden ist, haben wir die Kollegen einmal zu diesem Zweck zusammenberufen, und über alles Erwarten erklärten die 27 errichteten Kollegen sich bereit, dem Verband der Maler, Lackierer usw. beizutreten, wenn seitens des Vorstandes ihnen das Recht eingeräumt würde, hier eine eigene Zahlstelle zu errichten. Hierin handelt es die bereitwilligste Unterstützung. Nach einem Vortrag: "Warum wir uns organisieren und welche Aufgaben die Organisation zu erfüllen hat", erklärten die Anwesenden sich einstimmig für die Gründung einer Zahlstelle, die der Filiale Wittenberge angegliedert wird. Die Kollegen, die nicht in der Versammlung sein konnten, weil sie außerhalb arbeiten, werden wir durch Haussagitation für unsre Bestrebungen zu gewinnen suchen. Wenn der Boden für gewerkschaftliche Organisation hier noch wenig bereitet ist, so glauben wir doch unsre Zahlstelle hier zu festigen, um so mehr, als wir einstige Kollegen haben, die der Organisation schon angehören und hierin Erfahrungen gesammelt haben. Mit einem stolzen Gesang haben wir unsre erste Versammlung geschlossen und wollen hoffen, später noch einmal befreiten zu können, daß in Prithwall nun geregelte Verhältnisse geschaffen sind.

Natibor (D.-S.). Als es im Sommer dieses Jahres unserer Organisation gelang, den katholischen Fachabteilern im eigentlichen Industriegebiet in unserem Verhandlungslistig den Boden abzugreifen, begannen sie notwendigen ihre Schäfchen an anderen Orten zu scheren. Die Behauptung, daß sie berechtigt seien, mit den organisierten Arbeitgebern Verträge abzuschließen, wurde als Nöder für gutgläubige, aber unaufgklärte Kollegen benutzt, um diesen ihre sauer verdienten Groschen abzuwickeln. Und leider! Es ist nichts so dummi, es findet doch kein Publikum! So auch hier. Durch das Eingreifen aller den Katholiken dienstbarer Faktoren war in Natibor so etwas wie ein guter Anfang für diese Herren vorhanden. Aber nachdem unsere Organisation ihre Tätigkeit begann, gelang es nach und nach, einen Teil der Kollegen unter ihre Fahne zu sammeln. Trotzdem wir sogar in öffentlichen Volksversammlungen den traurigen Ruhm dieser Helden für Wahrheit und Recht gebührend beleuchteten, gelang es ihnen doch, einen Teil nativer Gehilfen immer weiter einzulullen. Auch diese schönen Tage sind nun vorüber, am 23. Oktober mußte diesen Komödianten durch die Taktik unserer Vertreter von den ihnen so gut gefüllten Meistern die Maske heruntergerissen werden, und mit verbissinem Grimme sah man jetzt das ganze Lügengebäude, den ganzen Heldzugspian zusammenstürzen. Als am Morgen dieses Tages Kollege Oltmanns-Wertheim einen Teil der Meister beim Frühschoppen interviewte, da sang unumwunden die Absicht heraus, uns an die Wand zu drücken. Als aber dann am Abend nach einer Stundenlangen Sitzung Herr Obermeister Ludwig seinen Kollegen begreiflich gemacht hatte, es gehe nicht anders, da siekt sie resigniert die Köpfe zusammen und erklärten den Gehilfen bei der späteren gemeinsamen Sitzung, die eigenlichen Tarifverhandlungen erst später, jedoch innerhalb 14 Tage abhalten zu wollen. Die 6 Fachabteilern, die sich nicht einmal mit unseren 13 Kollegen an einen Tisch zu setzen getrauten, frohlockten. Unser Vertreter aber erklärte den Punkt betr. Tarifkontrahenten an diesem Tage klarzulegen, und wohl oder übel mußten auf unsern Wunsch die Meister den Fachabteilern reinen Wein einschenken. Und als dann noch unsere Kollegen, nachdem die Meister erklärt hatten, ebenfalls mit den Fachabteilern einen Sondervertrag abzuschließen, ihnen diese kleine Dosis Süßigkeit nahmen, mit der Bemerkung, daß solche nicht zulässig seien, da nahm deren Vorsitzender das Wort, um zu erklären, die Sirenenlänge des sozialdemokratischen Vertreters könnten sie nicht verloren, sie könnten ja nicht reden, weil ihr Alerweltsherr verhindert sei, da wußte jedermann, was hier "verhindert" bedeutet. Der Arbeitssekreter Johann Bull, dem wir zur genüge in Flugblättern und Versammlungen öffentlich gekennzeichnet haben, scheint sich, wie die Eule das Licht, ein Retoure mit uns herbeizuführen; bis heute hat er nicht den Mut gefunden, unsern Vertreter die Ehre seiner Bekanntschaft machen zu lassen, oder eine unsferer Behauptungen an richtiger Stelle zurückzuweisen. Aufs neue hat unsere Organisation den Kollegen unseres Berufes den Beweis geleistet, daß nur ein e Organisation als ihre würdige Vertreterin angesprochen werden kann: Das ist der Verband der Maler, Lackierer und verwandter Berufe, Sitz Hamburg.

Eingesandt.

Zur Vereinigung der Maler Hamburgs.

In Nr. 45 des "Vereins-Anzeiger" befindet sich ein Versammlungsbericht aus Leipzig, nach welchem Genosse Rink aus Hamburg in seinem Referat über die Vereinigung der Maler Hamburgs einige Behauptungen aufgestellt hat, die den Tatsachen nicht entsprechen. Ohne uns in die inneren Einrichtungen des Verbandes einzumischen, sehen wir uns doch genötigt, soweit R. die Partei Hamburgs in seinen Ausführungen mit hineingezogen hat, einige Richtigstellungen zu machen. Nach dem Berichte hat Genosse Rink gesagt:

1. Die Hamburger Partei habe erklärt, es sei selbstverständlich, daß ein Statut nicht so bestehen könne, wie das unsres Verbandes". Eine solche Erklärung ist von uns nicht gegeben worden. Dagegen ist Tatsache, daß wir bei den Verhandlungen erklärt haben, die von dem neuen Verband aufgestellten Forderungen hätten fast in allen Gewerkschaften Gültung und wir könnten es daher ohne Gefahr ruhig übernehmen, beim Vorstand des alten Verbandes dafür einzutreten.

2. Nun sei das Gewerkschaftskartell gekommen und habe den Ausschluß aus der Partei verlangt. Da habe die Partei sofort abgewinkt, wie er später erfahren habe. Er habe mit vielen maßgebenden Parteimitgliedern gesprochen. Die hätten gelagt, läßt nicht nach, wenn man auch ausschließt, treten wir mit aus. Die Partei habe solidarisch hinter ihnen gestanden."

Hierzu haben wir richtig zu stellen: Nicht das Gewerkschaftskartell hat bei der Partei den Antrag auf Ausschluß gestellt, sondern einige Genossen aus dem dritten Hamburger Wahlkreis. Der Ausschlußantrag gab uns damals die Veranlassung, die Einigungsverhandlungen einzuleiten.

3. Die Partei habe mit dem Kopf geschliffen, als sie erfuhr, daß solche Einrichtungen bei uns bestehen.

Der Verband habe keine Einbuße erlitten. Es sei alles bezahlt. 2600 Mk. seien abgeliefert. Auch sei ihm versichert worden, daß die Partei geschlossen hinter ihnen stehen werde, wenn es später zu Konflikten kommt."

Hierzu haben wir zu bemerken: Bei den Verhandlungen ist von uns erklärt worden, daß ohne Schädigung der inneren Einrichtungen des Verbandes die beantragten Änderungen ruhig angenommen werden könnten, und wir haben uns verpflichtet, dafür nicht allein beim Vorstand des Verbandes, sondern auch eventuell auf der Generalversammlung einzutreten. Wir haben hierbei auch der Meinung Ausdruck gegeben, daß wir der festen Überzeugung sind, die Generalversammlung werde sich der Ansicht nicht verschließen können, unter der gegebenen Situation den Vereinbarungen zuzustimmen, zumal wo es sich um Einrichtungen handelt, die nach den Erklärungen der Beteiligten von beiden Seiten wiederholt auf der Generalversammlung diskutiert würden. In die inneren Einrichtungen des Verbandes uns weiter einzumischen, haben wir nicht nur kein Recht, sondern auch gar keine Veranlassung. Selbstverständlich haben wir uns verpflichtet, wenn aus den abgeschlossenen Vereinbarungen Differenzen entstehen sollten, das Amt eines Schiedsgerichts zu übernehmen, da wir als Leiter der Verhandlungen wohl am besten beurteilen können, aus welchen Erwägungen heraus der Vertrag zustande kam. Aber bei späteren Konflikten uns einzumischen, liegt für uns gar keine Veranlassung vor.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Bei den Verhandlungen haben wir von Anfang an den Genossen von dem neuen Verband erklärt, daß wir die Absplitterung unter keinen Umständen billigen könnten. Nicht außerhalb, sondern in der Organisation seien etwaige Missstände zu bekämpfen. Im Interesse des Friedens möchten wir uns aber auch den eigenen Worten des Genossen Rink anschließen: "...heute nicht mehr viel über die Vorgänge zu reden, bis die Generalversammlung entschieden hat". Wenn nach diesen Worten gehandelt wird, so wird nicht nur der Vereinigung am besten gedient, sondern auch die Wunden, die die Absplitterung geschlagen hat, werden am schnellsten vernarben.

Die Vorstände der sozialdemokratischen Partei Hamburgs.

J. A.: H. Stubb, Sekretär.

Wie aus den Berichten in Nr. 45 des "B.-A." aus Leipzig gemeldet wird, hat sich der Kollege Rink aus Hamburg in seiner üblichen Weise in Leipzig auch mit meiner Person beschäftigt. Ich und für mich finde ich dies Verfahren schon nicht schön, wenn man nicht dabei ist, um sich verteidigen zu können. Es liegt mir aber auch fern, diese vom Hamburger Parteivorstand mit Hochdruck betriebene Einigung dadurch zu fördern, daß ich mich in längere Ausführungen über die wundervolle Blüte dieser Einigkeit, wie dieselbe in Leipzig blühte, nicht einlassen werde. Wenn ich aber der Kollege Rink mich einen "Komödianten" tatsächlich genannt hat, so will ich ihm erwidern, daß er der gerissenste Schauspieler ist, der alles Dagewesene in den Schatten stellt.

In bezug auf seine Neuerungen über die Genossenschaft erläuterte ich ihm für einen klugen Schauspieler Gegründet habe nicht ich die Genossenschaft, sondern 22 ehrenwerte Kollegen aus Hamburg. Kollege R. ist zu der ersten Zusammenkunft, die schon im Oktober vorigen Jahres stattfand, eingeladen, aber nicht erschienen, also kann von einer Gleichzeitigkeit mit meiner Resolution nicht die Rede sein. Im übrigen hat man es in Leipzig genau so gemacht, wie in der letzten Hamburger Versammlung. Wie ich auf die unverschämten Neuerungen gegen Rink und die Verleumdungen Mühlentrins in eben derselben Sache antworten wollte, kam man mit der berühmten Guillotine und die Gefolgschaft dieser edlen Renegaten mache schleunigst Schlüß.

Sollte der Kollege Rink etwas von mir hören wollen, vielleicht über seine "Protestorganisation", so stehe ich ihm in der nächsten Hamburger Versammlung zur Verfügung, dann können wir ja die schöne Einigkeit weiter pflegen, von der ich dem Hamburger Parteivorstand sagte, als er der Filiale Hamburg die Einigungsbedingungen vorlegte: "Ich fürchte nur, jetzt wird erst recht Uneinigkeit in die Reihen der Organisation getragen." Den Anfang zeigt das Leipziger Beispiel.

W. B., Leipzig.

In Nr. 42 des "Vereins-Anzeigers" befindet sich ein Eingesandt mit G. R., Hamburg unterzeichnet, worauf ich nicht eingeho, um der Redaktion Vor- und Anwürfe des Leipziger Vorstandes zu ersparen. Anders ist es mit den darauf folgenden drei Punkten. Feder Kollege, der noch klar denkt, muß zugeben, daß mein Eingesandt allgemein und sachlich gehalten und weder eine Filiale noch Zahlstelle des Verbandes benannt war. Der Leipziger Vorstand nebst Hausklasserer, oder mir scheint nur einige von ersterem, haben sich schuldbewußt gefühlt und die Hausklasserer als Mittel zum Zweck mit hineingezogen, um sich durch diese reinvawaschen zu können. Der Leipziger Vorstand zwingt mich, nochmals das Wort zu nehmen, und da die ganze Sache schon ein offenes Geheimnis ist, tut der Name nichts dazu. Abgesehen davon, daß mich derartige Kollegen nie beleidigen können, ist es viel gewagt, die Redaktion mit Schutz zu bewerben. Was hätten wohl die Kollegen für einen Lärm geschlagen, wenn die Redaktion ihre drei Punkte nicht veröffentlicht hätte? Würde und wüßt denn die Redaktion, ob Ihr, ich meine natürlich sämtliche Kollegen des Vorstandes und der Hausklasserer, die die Veröffentlichung für gut befunden haben, die "Mutigen" und "Wollenhaben" selt, oder ob der Einsender W. tatsächlich ein Verleunder ist. Wieviel Kollegen mögen wohl diesen Unruh für gut befunden haben?

Ich erkläre nun, daß mein Eingesandt allgemein und sachlich gehalten war und keinerlei Beleidigungen oder Unwahrheiten enthält, sich aber nur der Leipziger Vorstand getroffen fühlt, daß ich solange nicht als Verleumder usw. gelten und Namen nennen kann, bis mir die Ortsverwaltung das Gegenteil von meinem Eingesandt und dieser Erwidering bewiesen hat und von einwandfreien Kollegen resp. Hauptvorstand geprüft ist. Es liegt also nur an euerer guten Willen, einmal keine Lust zu schaffen, da andere Filialen oder Zahlstellen für mich leicht nicht in Betracht kommen.

Ich bin leider gezwungen, nochmals diesen Weg zu beschreiten, denn in unsren Versammlungen ist es jetzt vollständig ausgeschlossen, zu Wort zu kommen. In den Versammlungen haben hauptsächlich nur noch die Vor-

standsmitglieder und eine kleine clique das Wort. Zollte einmal von der Gegenseite ein Kollege zu Wort kommen wird er sofort niedergebrüllt; ich will beispielweise mir die lezte Versammlung vom 23. Oktober d. J. anführen, die gewißig Zeugnis ablegt. Weder Kollegen, die sich mündlich oder schriftlich zur Geschäftsordnung zum Worte meldeten, erhielten das Wort, auch Anträge blieben unberücksichtigt. Und wie sah es mit den Abstimmungen aus? In dem Moment des Handwechsels wurde einfach dem Zweck des Vorstandes entsprechend erklärt: Das und das war die Majorität, jeder Protest dagegen verhälste wirkungslos. Ich frage die Leipziger Kollegen: Haben wir früher jemals eine solche Versammlung gehabt, wo derartige Geplauderheiten vorgetragen sind, wo außer Vorstand, Bezirks- und Filialbeamten einziges Mitglied das Wort erhielt? Als der angestellte Kollege sprach, war ein solcher tumult, daß man überhaupt nichts verstehen konnte. Wer hatte dem Referenten bestellt und wer bezahlt ihn? Ich bin der Meinung, daß das, was der Referent vorbrachte, absolut nichts Neues war und überdies die Filiale Leipzig nicht das geringste angeht. Ich glaube, wir hätten das Geld hierfür besser verwenden können und über Gewerkschaftliches, was wir überhaupt nicht mehr kennen, über viel Material zum besprechen gehabt. Dem schelten verschiedene Kollegen begründeterweise aus dem Wege zu gehen, um nicht unslebame Sachen zu hören, und so schriebt man den Kollegen das Wort ab. Nur den schon benannten hatte man 15 Minuten Redezeit gewährt, der Referent konnte allerdings ein stundenlanges Referat halten, und so wurde es den Beamten unmöglich gemacht, auf die vielen unwahren Ausführungen des Referenten einzugehen; Mitglieder erhielten hierzu, wie schon gesagt, überhaupt nicht das Wort. Und nun, Kollegen, habt ihr seit der Wahl schon einmal einen Versammlungsbericht von Leipzig in der "Volkszeitung" oder im "Vereins-Anzeiger" gelesen oder gelesen? Wer macht denn früher all den Kärm, wenn ein Versammlungsbericht nicht nach Wunsch kam oder gar ausblieb? Gerade diejenigen Kollegen, welche früher andern bei jeder Kleinigkeit Ungeachtetheit vorwarfen, die sich nie etwas von ihrer Stunde-freiheit abringen ließen, was tun diese jetzt?

Die Mehrzahl der Kollegen ist aber selbst schuld daran durch ihren lässigen Versammlungsbesuch. Wie können wir es verantworten, Kollegen in den Vorstand zu wählen, die nicht einmal politisch organisiert waren, die kurz vor der Wahl noch erklärt haben, mit zwar öffentlich, daß sich jeder Lump und Verbrecher politisch organisieren könne, sie aber nie dafür zu haben wären? Auf weiteres Gebaren und andere Machinationen will ich vorläufig nicht eingehen, aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Sollten nun dagegen, weiß die Redaktion meinen Namen vorläufig verschweigt, der auch so lange Redaktionsschluß zu bleiben hat, bis ich dieselbe davon entbinde, einige betroffene Kollegen die wunderlichsten Purzelbäume schlagen, so werde ich öffentlich die Namen der betreffenden Persönlichkeiten und mit weiterem Material zur Verfügung stellen. Damit sie aber sehen, daß ich nicht so "nutzlos" bin, schlage ich vor, sämtliche Kollegen, deren Namen mit W. beginnt, in eine gemeinsame Sitzung zu laden, damit man weiß, wer es heute noch wagt, die Wahrheit zu veröffentlichen und endlich einmal die falschen Larven von den Gesichtern zu entfernen. Wer sich nun noch rein fühlt, werfe den ersten Stein nach mir armem "W.", er mag sich aber in acht nehmen, daß er nicht abspringt und dem Werfenden selbst Schaden zufügt.

W. B., Leipzig,

Aus Apolda wird uns berichtet:

In den letzten Nummern der deutschen Malerzeitung "Die Mappe" empfiehlt Herr Karl Brünnner seine Privat-Maler-Schule in Bad Sulza. Das Schulgeld beträgt 80 Mk. und dafür wird Privatunterricht in Dekorations-, Holz- und Schreinmalerei erteilt. Für Erfolg garantiert Herr B. zwar nicht und Prospekte gibt es wahrscheinlich auch nicht. Es heißt nur: Nähre Auskunft durch Karl Brünnner, Maler und Zeichner. Ob Herr B. letzterer Titel mit Berechtigung führt, müssen seine lebigen Arbeitskollegen am besten wissen. Aber das tut ja auch nichts zur Sache, für uns kommt nur in Betracht, daß Herr B. bis auf den heutigen Tag ein Geiger in unserer Organisation ist und auch für die Zukunft bleiben wird. Die Beser unsres "B.-A." werden nun fragen: Hat denn W. eine Schule besucht? Ist er vielleicht Werkführer oder hat er gar seine Meisterprüfung abgelegt? Nichts von alledem, Herr B. ist genau so ein Proletarier, wie wir alle, der seine Arbeitskraft verläuft wie jeder andere Arbeiter, der sich vor Hunger schüren will. Er ist auch nur Malerghilfe mit dem horrenden Stundenlohn von 47 Pf. also eine Arbeitskraft wie tausend andere Kollegen; ja wir haben am Ort Kollegen, die Herrn B. in bezug auf Leistung weit vorans sind. Es kann ja möglich sein, daß Herrn B. bessere Kräfte zur Seite stehen, davon ist aber in der Annonce nichts zu bemerken. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit und wäre erwünscht, wenn Herr B. über die Handhabung seiner beabsichtigten Ausbildung von Kollegen etwas näheres mitteilt, um das Vertrauen zu seiner neuerrichteten Schule zu erwecken. Man darf nicht darauf spekulieren, daß die Kollegen ihr sauer erwartetes Geld anlegen, ohne eines Gewissens sicher zu sein. Unsre Kollegen sind eben etwas egoistisch veranlagt, die Erfahrung macht man leider alle Tage. So lange Herr B. keine Beweise bringt, daß seine Schule für Erfolg garantiert, wird der Besuch derselben ein dementsprechender sein. B. d. Z. A.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Lebenshaltung und Leistungsfähigkeit. Es ist eine bekannte Erfahrungstattheit, daß eine Gruppe von Menschen nur dann etwas ordentlich leisten kann, wenn sie unter guten Existenzbedingungen arbeitet. Schlecht gehärtete Menschen sind auf die Dauer nicht imstande, gute Arbeit liefern zu können, und wenn zu dieser mangelhaften Ernährung noch andere Mängel hinzukommen, z. B. schlechte Wohnungsverhältnisse, so muß die Leistungsfähigkeit zurückgehen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, den arbeitenden Schichten eine gute Lebenshaltung zu verhelfen, damit sie Leistungsfähig werden oder Leistungsfähig bleiben. Und zwar liegt dies, vom Standpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung aus betrachtet, noch mehr im Interesse des Unternehmer-

tums als im Interesse der Arbeiter selbst. Dies will das Scharfmacherium nicht einsehen, denn es bekämpft die Versuche der organisierten Arbeiter, einen Ausgleich zu schaffen zwischen der Besteuerung der Lebensmittel und den Arbeitslöhnen, mit allen Mitteln. Auf der andern Seite lassen es die Unternehmer ruhig geschehen, daß die im Interesse der Agrarier missbrauchte Zoll- und Steuerpolitik den Arbeitern die Lebenshaltung immer mehr erschwert. Wenn diese Herren das Agrarrium und dessen Unersättlichkeit nur halb so scharf bekämpfen wollten, wie sie die Arbeiterbestrebungen bekämpfen, so wäre es um unser Volk besser bestellt. Aber daran ist in absehbarer Zeit nicht zu denken, weil der Hass gegen die moderne Arbeiterbewegung sie mit Blindheit schlägt. Da ist es denn bemerkenswert, wie hier und da einmal die Erkenntnis des wahren Sachverhalts sich durchsetzt.

Auf einer Verfassung der Handelskammer für den Regierungsbezirk Cassel machte ein Mitglied folgende Ausführungen: „Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gegenüber England und Amerika beruhte bisher mit darauf, daß die Löhne bei uns niedriger sind als dort. Die anhaltende Fleischsteuerung hat aber unzweifelhaft die Wirkung, daß die Löhne steigen müssen und dadurch wird Deutschlands Konkurrenzfähigkeit vermindert, wobei besonders noch ins Gewicht fällt, daß England billigere Lebensmittelpreise hat als Deutschland. Der Zusammenhang der Lebensmittelpreise mit der Gestaltung der Löhne, sowie ihr Einfluß auf die Beamtengehälter und damit sowohl auch auf die allgemeinen Staatsausgaben wie auf die Handlungsumfosten hat sich gerade im Laufe der letzten Jahre klar herausgestellt. Mit dem Fortschritt der industriellen Entwicklung müsse eine Erhöhung des Fleischbedarfs Hand in Hand gehen, und zwar nicht nur im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung, sondern absolut; denn größere Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Arbeiters ließen sich nur dann stellen, wenn zugleich seine Ernährung gehoben wird.“

Das ist ja gerade das, was die Klassenbewußten organisierten Arbeiter immer betont haben: will man tatsächlich leistungsfähige Arbeitskräfte haben, so sorge man für anständige Löhne und für normale Lebensmittelpreise. Es liegt also im Interesse des Gewerbes und der Industrie, daß die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats gefördert und daß die Räuberpraktiken der Agrarier bekämpft werden.

Wer selbst im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! Die mangelhafte Fürsorge der Behörden für ihre Arbeiter und unteren Angestellten ist allgemein bekannt und bei den verschleierten Anlässen ist daraus hingewiesen worden, daß der Staat und die Gemeinden in dieser Beziehung ihre Pflicht in gräßlichster Weise ver nachlässigen. Besonders der Eisenbahndirektion erfreut sich auf dem Gebiete der Arbeitersfürsorge einer traurigen Bekümmertheit. Da klingt es vom doch ganz eigenartig, wenn sich eine Eisenbahndirektion wie die Königberger erdreistet, die aus der organisierten Selbsthilfe der deutschen Gewerkschaften beruhenden Leistungen herabzuheben, wie es in folgendem Uta geschicht: „Der Deutsche Transportarbeiterverband hat neuerdings eine Invaliden-Pensions-Unterstützung und eine Witwen- und Waisenunterstützung geschaffen, von denen er behauptet, daß sie erheblich günstiger seien als die Leistungen der Eisenbahnarbeiter-Pensionsklasse. Die Leistungsfähigkeit jener Unterstützungsseinrichtungen ist durch das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung in Berlin, also die sachverständige Stelle, die es gibt, geprüft worden und diese Behörde hat sich in einem eingehend begründeten Gutachten im Endergebnis dahin ausgedrückt, daß die nach dem Statut zu leistenden Beiträge völlig unzureichend sind, daß die Unterstützungs fonds also sicherlich nicht in der Lage sein werden, die in Aussicht gestellten Leistungen dauernd zu gewähren, und daß offensichtlich Unterstützungen und Beiträge ohne Rücksicht auf Erfahrungsgrenzen willkürlich aufgestellt sind. Es wäre hier nach ein verhängnisvoller Fertum anzunehmen, daß der Deutsche Transportarbeiterverband durch die zweifellos lediglich zu Werbezwecken eingeschürten Unterstützungen seine Leistungen in stande sei, einen Erfolg für die Leistungen der Arbeiterpensionsklasse zu bieten und es wird hiermit von neuem eindringlich davor gewarnt, sich durch die angeblichen Vorteile aus den völlig Leistungsunfähigen Unterstützungs klassen zum Beitritt der Reichssekretär der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes, der un nachstechlich die Dienstentlassung nach sich ziehen würde, verleiten zu lassen.“

Hier haben wir den alten Preußengenossen in Reinlichkeit: zunächst wird über die Leistungen der gewerkschaftlichen Unterstützungsseinrichtungen in abschreckender Weise abgeurteilt, sodann schließt man der Gewerkschaft unedle Motive unter, indem man ihr vorwirkt, daß sie ihre Unterstützungsseinrichtungen nur ins Leben gerufen habe, um Mitglieder zu fangen, und endlich droht man mit der Hungerpeitsche. Wer sich einer modernen Gewerkschaft anschließt, der wird auf die Straße geworfen — das ist der preußischen Weisheit letzter Schluss.

Gewerkschaftliches.

Konsumentenorganisation in England.

Mit dem gewaltigen Ausbau der Eigenproduktion haben sich die englischen Konsumentenmitglieder eine ganz beträchtliche Verbesserung ihrer Lebenshaltung erungen. Im Jahre 1909 produzierten die britischen Konsumentenorganisationen und deren beide Großkaufgesellschaften in ihren eigenen Produktionsbetrieben für 160 000 000 £ Waren, die deutschen dagegen mit 53 000 000 £ nur knapp den achten Teil der britischen Konsumentenproduktion. Der Warenumsatz der britischen Konsumentenorganisationen Großkaufgesellschaften betrug 630 000 000 £ und der der deutschen Großkaufgesellschaft erst 74 000 000 £.

Die größere der britischen Großkaufgesellschaften ist die der englischen Konsumentenorganisationen mit reichlich 450 Millionen £ Warenumsatz, die aus vier großen Bezirkzentralen in Newcastle, Liverpool, London und Manchester besteht. Die Manchesterzentrale ist die größte und der eigentliche Sitz der englischen Großkaufgesellschaft. Von der nach deutschen Begriffen ganz außer-

ordentlichen Größe zeigt die Tatsache, daß in dem Hauptkontor der selben allein 600 männliche und weibliche Angestellte mit Kontorarbeiten und im Lager 400 männliche und weibliche Angestellte beschäftigt werden müssen. Die hier befindliche Bankzentrale hat bereits einen Warenumsatz von über 3 Milliarden £ Mark zu verzeichnen. 92 Direktoren haben in beinahe ununterbrochen stattfindenden Sitzungen alle Hände voll zu tun, dieses Mensehnenunternehmen der englischen Konsumentenorganisationen zu leiten und zu regieren. Der Speisesaal dieser Zentrale fasst reichlich 2000 Personen. Für die Direktoren ist außerdem noch ein besonderer Speisesaal vorhanden. Auch verfügt die Zentrale über ein eigenes Orchester. Die in der Umgebung der Zentrale befindlichen Fabriken der Großkaufgesellschaft stellen große und sehr anscheinliche Stadtviertel dar. Außer einem 250 000 Paar Schuhe und Stiefel, von den feinsten Damaststoffen bis zu dem größten Bergarbeiterstoffs, umfassenden Schuhwarenlager sind in der Manchesterzentrale Lebensmittel, Manufaktur- und Nutzwaren, Möbel, Reisegepäck, Haushalt und Geschirrgeräte, Uhren, Juwelen, Kinderwagen, Fahrräder, Pianos usw. gelagert. Es wird eine ständige, gut und übersichtlich geregelte Warenausstellung im Gange gehalten, die den Genossenschaftsverwaltern sehr gute Dienste beim Warenkauf leistet. Ein sehr großer Teil der auf Lager gehaltenen Waren stammt aus den eignen Produktionsbetrieben. Allein zu der für die elektrische Beleuchtung und die Bewegung der in der Zentrale ständigen Fahrstühle erforderlichen elektrischen Energie sind vier Dampfmaschinen mit zusammen 1400 PS im Betriebe. Die im Betriebe befindlichen 42 Fabriken beschäftigen 100 Automobile. Ferner ist ein ständiges Baubüro eingerichtet, in dem die von der Großkaufgesellschaft vorzunehmenden Bauten vorbereitet und die Bauprojekte der beteiligten Genossenschaften fachmännisch geprüft werden. 13 geschulte Architekten sind mit dem nötigen Hilfspersonal ständig hierbei beschäftigt.

In den fünf eignen Mühlen, die sich in Manchester, Oldham, Dunsdon on Thyne, Silvertown und Bristol befinden, können stündlich 260 oder täglich 6220 Säcke Mehl von annähernd 2½ Zentner gemahlen werden. Für mehr als 70 000 000 £ Mehl werden in diesen fünf Mühlen jährlich hergestellt. Die erste im Jahre 1906 errichtete Sternmühle in Oldham, im Manchesterbezirk belegen, hat im letzten Jahre für 6,75 £ Mark Mehl produziert. Die beiden größten dieser Mühlen sind die in Manchester und in Dunsdon on Thyne. Zu der ersten werden stündlich 72 Säcke oder täglich 1700 Säcke und in der anderen stündlich 77 oder täglich 1850 Säcke Mehl hergestellt. In der Mühle in Dunsdon on Thyne sind Einrichtungen vorhanden, daß in einer Stunde 700 Säcke Mehl zur Verladung gebracht werden können.

Nebst der Bezirkzentrale in London hat dort die englische Großkaufgesellschaft das größte Teehaus der Welt im Betriebe. Mit 24 Mischmaschinen werden je täglich 2000 bis 4000 Pfund Tee gemischt und zur Verpackung vorbereitet. 28 Paketmaschinen packen stündlich zusammen 56 000 Pakete Tee. Daneben existiert jedoch noch eine ganz erhebliche Handelsader. 700 Angestellte, darunter 500 weibliche, sind in diesem Misenbetrieb beschäftigt. Der Wert des im Teehaus ständig Lagernden Tees beziffert sich auf annähernd 1½ Millionen £ Mark. Der Wert der Fahrsproduktion des Teehauses beläuft sich auf 24 Mill. £. Im Zusammenhange mit der Teeabteilung steht auch eine große Kakao-, Schokoladen- und Zuckerverarbeitung. Es ist nicht möglich, alle die großen und vielen Fabriken der britischen Großkaufgesellschaften in einem Bericht zu schildern. Erwähnt seien deshalb nur noch einige der größten Genossenschaftsfabriken. Von den drei Seifenfabriken ist die in Finsbury befindliche die größte. Es ist diese das größte derartige Unternehmen in Europa. Diese Seifenfabrik hat einen eignen dreigeschossigen Bahnhof von 250 Meter Länge. 13 Wagons zu je 100 Zentner verlassen mit Seifenprodukten beladen, im Durchschnitt täglich diesen Bahnhof, um den Zentralen der Großkaufgesellschaft und den großen Konsumvereinen zugeführt zu werden. Mit dieser Fabrik ist eine große Kästenfabrik verbunden. Hergestellt werden alle Sorten Seifen und Stearinlichter, und zwar wöchentlich 400 Tons oder reichlich 8000 Zentner. Von mehreren Schuhwarenfabriken ist die in Leicester befindliche die größte. In dieser sind an 2000 Arbeiter und Arbeitertinnen beschäftigt, und es liefert dieses Unternehmen allein täglich 6000 Paar Schuhe und Stiefel, von den größten bis zu den feinsten. In der Herrenfelderfabrik sind 100 männliche Schneider und 400 Frauen und Mädchen beschäftigt. Die Herrenfelderfabrik beschäftigt unter weitgehender Anwendung von Maschinen und sonstigen technischen Hilfsmitteln rund 450 Nähertinnen. Hergestellt werden in dieser Fabrik wöchentlich 1350 Dukken Hemden und 450 Dukken blaue Arbeiteranzüge. In der Möbelfabrik sind annähernd 170 Angestellte tätig, darunter — eine auf den deutschen Genossenschafter ungünstig wirkende englische Eigentümlichkeit — 20 weibliche Angestreicher. Dieses Unternehmen wird von einem Betriebsleiter dirigiert. Unter einer kollegialen Leitung, die ursprünglich aus drei, dann aus zwei Geschäftsführern bestand, reüssierte dieses Unternehmen nicht. Eine ganz außergewöhnliche Gehenswürdigkeit stellen die mit bestem Erfolge arbeitenden großen Produktionsbetriebe der englischen Großkaufgesellschaft dar. Besitzend wirkte die pettinische Sauberkeit dieses 600 Angestellte beschäftigenden Großbetriebs. Außerdem einem eignen Saal für die Angestellten dieses Unternehmens, sind für diese bei der Fabrik besondere Plätze für Tennis-, Fußball- und Cricketspielen eingerichtet. Die Fabrik hat sogar eine eigene, zwölf Mann starke Feuerwache. Hergestellt werden wöchentlich 600 Zentner Bonbons, 15 000 Zentner Käses und 30 Zentner Seife. 15 000 Stücke dieser Fabrikate werden ständig am Lager gehalten.

In den englischen Genossenschafts-Produktionsbetrieben ist meist eine starke Beschäftigung von Mädchen und Frauen und auch in erheblichem Umfang Arbeit anzutreffen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften (Trade Unions) festgesetzt.

Eine Eigentümlichkeit der englischen Konsumentenorganisationen ist es, daß der Warenvertrieb an die Mitglieder durch große Warenhäuser geschieht, die in viele Spezialabteilungen abgeteilt sind. Es finden sich außer Abteilungen für Kolonialwaren, Bäckereimarken, landwirtschaftliche Produkte, Molkeprodukte, Fleischwaren, Käsewaren, Frauenwäscherei, Männerwäscherei usw., auch Abteilungen

für Maßgarderobe, Bubmacherie und Schuhreparatur. Daher der höhere Durchschnittsumsatz der englischen Konsumentenmitglieder. Bei dessen Stärkung werden der besseren Lebenshaltung der englischen Bevölkerung auch der Umstand mit, daß für die englischen Arbeiter die Worte „Mein Haus ist meine Welt“ in vollem Umfange gelten.

Die in Deutschland von den herrschenden Gesellschaftsschichten gegen die Konsumentenorganisationen aufgestellten gesetzlichen Hindernisse, die sich in der Hauptstadt in Unzulängen und anderen ungerechten Steuerabdrückungen äußern, sowie der Kampf der Mittelstander gegen die Konsumentenvereinigungen werden ein dauerndes Hindernis der Entwicklung nicht bilden, sobald die unteren Volkschichten den festen Willen befinden werden, die Konsumentenorganisationen vorwärts zu bringen.

Gerichtliches.

Der Malererverband für politisch erklärt. Die Vorstandsmitglieder unserer Kästle in Thorn wurden durch die Polizeibehörde mit einem Strafmandat bedacht, weil trotz wiederholter Aufforderung der Vorstände es unterließ, die Mitglieder bei der Behörde anzumelden. Gegen dieses Strafmandat wurde gerichtliche Entscheidung angerufen. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht waren als Zeugen ein Polizeiinspektor, ein Polizeiwachtmeister, ein Polizeikommissar und ein Polizeisekretär erschienen, die einmütig befürdeten, daß im Malerverein politische Gegenstände durch auswärtige Referenten erörtert würden und daß nach einer Versammlung vor dem Lokal Wahlzettel verteilt worden seien. Als diese eidsche Aussage zur Verurteilung wohl nicht ausreichte, brachte der Polizeiinspektor einen von der Hamburger Polizei eingesetzten Verleger zur Verlesung, aus dem die politische Tätigkeit der Mitglieder des Hauptvorstandes ersichtlich sein soll. Daraufhin nahm das Gericht an, daß sich der Verband ausschließlich mit sozialdemokratischer Politik befasse. Die Verurteilung wurde verworfen und die Angeklagten zu einer Geldstrafe von je 5 £ oder einem Tage Haft verurteilt. Gegen dieses Urteil ist Verurteilung eingezogen worden. Zur Abwechslung ist nun wieder einmal unser Verband nach der Rechtsauslegung durch westpreußische Gerichte als „politischer Verein“ erklärt.

Zwei Unfälle mit tödlichem Ausgang beschäftigten vergangene Woche die Strafkammer zu Wiesbaden. In der einen Sache war der Angeklagte der Maurerpolier F. von Holzhausen II. K. und das Opfer der Maurer August Hänsel von Rambach. Am 22. Juli d. J. wurde der katholische Schwesternhaus-Neubau an der Platzer Straße in Wiesbaden errichtet. F. hatte von K. den Auftrag erhalten, im ersten Stockwerk zu staaken, begann aber mit dem Staaken im dritten Stock. Es stürzte dabei durch in den beiden Decken befindliche Dessenungen ins Parterre auf eine betonerte Fläche und wurde kurze Zeit nachher als Leiche aufgefunden. F. der sich nicht davon überzeugte, daß die Balkenlagen unter der Arbeitsstelle abgedeckt seien, wurde daraus der Vorwurf der fahrlässigen Tötung usw. gemacht, der Gerichtshof kam jedoch zu einem Freispruch. — Der zweite Unglücksfall spielte sich am 2. August, nachmittags gegen 2 Uhr, in Biebrich an der Pestalozzistraße ab, wo eben Reparaturarbeiten vorgenommen wurden. Der Lüncher Müller, der seit 11 Jahren in dem Lüncher Geschäft der Witwe Sch. zu Biebrich arbeitete, sollte um die fragliche Zeit eine an der äußeren Seite der Schule befindliche Eisenstange anstreichen. Oben am Dach führt ein zu der Beleuchtungsanlage gehörendes Kabel bis ziemlich dicht an die Leiter heran, und zwar an der Stelle, wo die Leiter eine Biegung von 40 Grad aufweist, und es daher nicht leicht ist, sich vor der Verührung mit dem Kabel zu schützen. F. hätte einen Metallringgurt tragen sollen, wie sie in mehreren Exemplaren in der Werkstatt zu finden waren. Er war, bevor er sich an die Arbeit machte, von dem 20 Jahre alten, mit dem Geschäft tätigen Sohne der Geschäftsinhaberin ausdrücklich auf die Anwendung dieser Vorsichtsmäßregel hingewiesen worden, und als der alte junger Mann später F. auf der Leiter sah, bemerkte er tatsächlich einen Gurt um dessen Leib. (?) Er nahm daher an, daß er tatsächlich den Rettungsgurt trage, während F. sich lediglich einen Strick um den Leib gebunden hatte, um den Kabel nicht immer in der Hand haben zu müssen. Bloßlich stieß F. mit dem Kabel wider das Kabel, stieß einen Schrei aus, stürzte ab, und wenn er auch, als man ihn aufnahm, noch Lebenszeichen von sich gab, so verstarb er doch auf dem Transport ins Krankenhaus an einem Schädelbruch. Die Verührung mit dem elektrischen Kabel hatte eine Verletzung nicht herbeigeführt, wohl aber war der Abschlag infolge des Stoßes erfolgt, der durch den elektrischen Strom veranlaßt worden war. Der älteste Sohn der Inhaberin wurde wegen fahrlässiger Tötung angeklagt, aber ebenfalls freigesprochen.

Es ist doch recht eigenartlich, daß die Arbeiter immer diejenigen sein sollen, die die Schuld an den bedauerlichen Unfällen tragen.

Alles soll in besserer Ordnung gewesen sein. Am meisten wundert uns, daß immer in solchen Fällen Rettungsgürtel vorhanden gewesen sein sollen, wo man doch sonst solche gar nicht kennt. Die Arbeiter sind tot und an den Aussagen der Unternehmer darf nicht gezweifelt werden. Von Rechts wegen.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Scharfmacher sind verschwunt über den Ausgang des großen Werkarbeiterstreits. Sie hatten so sicher auf den Sieg der Werkbesitzer gehofft und sahen schon im Geiste den Zusammenschluß des Metallarbeiterverbandes. Und nun ist es so ganz anders gekommen. Die Kapitalisten mußten vor der strengen Sanktion und dem heldenhafte Opfermut der Arbeiter die Segel streichen und der Metallarbeiterverband wie die übrigen daran beteiligten Verbände können mit Stolz auf einen Erfolg zurückblicken, der ihre materielle und vor allen Dingen ihre moralische Stellung wesentlich gestärkt hat. Die Gewaltigen nahmen von der angedrohten Ausschaltung angesichts der Solidarität der Metallarbeiter Abstand und

ließen sich herbei, mit den Führern der Gewerkschaften auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln, was sie bekanntlich bisher immer abgelehnt haben. So befindet sich denn das Schärfmacher zu in einer wahren Klemme am ersten und zweiten. Dies geht deutlich hervor aus dem Bericht über eine Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, die am 28. Oktober dieses Jahres in Berlin stattfand. In dieser Zusammenkunft unterhielt man sich selbstverständlich über die großen Arbeiterbewegungen der letzten Monate. Es mußte hier — lebhaft — festgestellt werden, daß diese großen Kämpfe nicht allenfalls zu befriedigenden Erfolgen geführt haben, und es wurde übereinstimmend die gewisse Befürchtung ausgesprochen, daß gerade der Ausgang des Kampfes auf den deutschen Seeschiffswerften nicht geeignet ist, diesen und der übrigen Metallindustrie den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten. Dieser Ausgang im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Ausschreibung im Baugewerbe legt der deutschen Unternehmerschaft erneut mit Ernst die Sorge um den weiteren Ausbau der Arbeitgeberorganisationen nahe. Die Vorschläge der Referenten, die aus den Arbeitskämpfen die entsprechenden Lehren zogen und in die Praxis übersetzten,anden die einhellige Zustimmung der Versammlung.

Wir können es den Herren Schärfmachern nachfühlen, daß sie ihre glatte Niederlage nicht gern einräumen mögen und daß sie deshalb nur „feststellen“, daß die Kämpfe „nicht allenfalls“ zu befriedigenden Erfolgen geführt haben, anstatt zu sagen, daß nirgends ein Erfolg erzielt worden ist. Was ihre geheuchelte Besorgnis um den wirtschaftlichen Frieden betrifft, so können die Herren versichert sein, daß eine Niederlage der Arbeiter doch auch gerade keine Vergangenheit geboten hätte für einen wirtschaftlichen Frieden, denn die Arbeiter würden ohne Zweifel bald wieder nachgefragt haben. Aber wenn die Schärfmacher vom wirtschaftlichen Frieden sprechen, so meinen sie die Ruhe des Kirchhofs, die nur eintreten wird, wenn die Arbeiter völlig vereinbart und versiert sind, sodass sie in dumpfer Verzweiflung alles über sich ergehen lassen. Das ist das Ideal der Schärfmacher.

Vom Ausland.

Oesterreich. Reichenberg. Der Bohnkampf dauert hier ungeschwächt fort. Zugang ist strengstens fernzuhalten!

In Wiener Neustadt sind noch die Werkstätten Korb & Peitner und Höhly & Grabeck gesperrt.

Schweiz. Für Maler sind gesperrt: Dossenbach in Baar, Felchlin in Zug, Brühmann in Steckborn, Schaffhausen in Laufenburg.

Der englische Minister Lloyd George hat neulich eine Rede gehalten, der wir folgende Sache entnehmen: „Ich habe in meinem Leben sehr viel Elend gesehen und sehr viel über Elend gelesen. Jedoch, ich gestehe, ich habe von seiner Schärfe nie die richtige Vorstellung gehabt; die Gewalt ist oft, als ich an die Ausführung des Gesetzes über die Alterspensionen herantrete. Da fahrt erst, welche erstickende Masse erdrückt, unabhängiger stolzer Armut es unter uns gibt! Da gibt es, wenige Schritte von diesem Saal entfernt, Hütten, in denen arme Frauen, oft und milde, nach einem ehrenvollen arbeitsamen Leben von mehr als 70 Jahren immer noch tagüber vom frühen Morgen bis zum späten Abend am Werke sind, um ein erbärmliches Bettelgeld zu verdienen, das sie zwar gerade vor dem Verhungern schützt, aber sie niemals von Not und Mangel befreit. Sechs bis sieben Markt verdienst diese alten Frauen mit ihrer Nabelarbeit an Kleidern, deren Trägerinnen in einer Stunde des Mühlgangs und des Übermuts mehr verschleudern mögen, als dieses Elendsvolk in drei Jahren harter Arbeit verbringen kann! Ich könnte Ihnen noch viel mehr erzählen, um zu zeigen, daß eine ungeheure Vollmasse hier in diesem reichsten Lande der Welt ein Leben der Armut führt, das steis an der Grenze der Not und der Verzweiflung dahinschwankt. Und ich habe es auch ausgesprochen, daß dieser Zustand der Dinge nicht auf dieses Land beschränkt ist. Im Gegenteil, die hohen Lebensmittelpreise, verursacht durch die Besteuerung aller Lebensnotwendigkeiten, machen die Dinge in den Ländern des europäischen Kontinents noch schlimmer! Einwohner genügt es, festzustellen, daß auch unser Land trotz seiner ungeheuren Reichthum nicht frei ist von Elend und drückender Not. Und dazu kommt eine Katastrophe, die nicht zu übersehen ist: wir haben ein harter Klima für die Armut. Im warmen, hellen Süden macht sich das Bedürfnis nach Nahrung, Kleidung und Obdach weniger empfindlich bemerkbar. Die Sonne ist dort der Luxus der Arbeitslosen. Hier aber sind Nebel und Frost grausame Feinde aller Menschen in zerissenem Kleidern. Unser Klima macht Not zur Qual!“

Lassen Sie uns nun die andre Seite des Gemäldes betrachten! Wir haben hierzulande ähnlich erst eine große Agitation erlebt, die an die Ausfüllung gewisser Grundsteuerformulare anknüpft, welche durch das Budget von 1909 vorgeschrieben ist. Da haben sich verschwerte reiche Großgrundbesitzer bitter beschwert, daß es ihnen bei aller Anstrengung ihres Personals durchaus unmöglich sei, binnen zwei Monaten ein Verzeichnis ihrer Vermögensobjekte herzustellen! Ihre Güter wären so weitläufig, daß sie viel länger als 60 Tage brauchten, um anfangen über ihre Ausdehnung und Lage zu machen! Halten Sie diese Sachen zusammen mit den Bildern des Elends, die ich Ihnen entworfen habe — des Elends von Leuten, die nicht darüber verdient sind als seine Leute, die unter der Last ihres Reichtums liegen — und Sie werden eine gewisse Erklärung haben für die Erbverschüttungen, die die Grundlagen unserer Gesellschaft zu bedrohen scheinen. Soviel vom Grundgedanken. Wie steht es aber mit dem Eigentum im Allgemeinen, beweglichen und unbeweglichen? Ich habe in den letzten zwei Jahren als Finanzminister Gelegenheit gehabt, in die Verhältnisse der Erbbesteuerung von höchster Nähe Eindringen zu nehmen. Und ich habe dabei gefunden, daß von insgesamt 420.000 Erwachsenen, die höchstens sterben, fünf Sechstel nichts besitzen, was auch nur eine staatliche Aufnahme verlohrne. Ein paar alte, hilflose Kleider, vielleicht ein bisschen Hausrat, das ist

alles! Mehr als 300 Millionen Pfund — sechs Millarden Mark — wechseln jährlich durch Tod ihren Besitzer, und die Hälfte davon entfällt auf ungefähr 2000 Personen! Haben nun etwa die 350.000 Menschen, die in Armut sterben, ein Leben des Mühlgangs, der Verküpfung und Ausschweifung geführt? Und haben die 2000, die an drei Milliarden Mark besitzen, ein Leben der Arbeit und der Sparsamkeit hinter sich? Ledermann weiß, daß dem nicht so ist! Aus solchen Tatsachen erklärt sich jene Bewegung der Unzufriedenheit im Herzen Englands, die das Zeichen einer organischen Erkrankung des ganzen Systems ist.

Ich möchte Ihnen nun ein paar Fingerzeige geben, wie die Sozialreform der Verschwendung halt gebieten könnte, durch die die Lebenshaltung des größten Teiles der Bevölkerung herabgebracht wird. Nehmen Sie nur das Gelb, das hierzulande und anderwärts für Rüstungen verausgabt wird! Die zivilisierten Länder der Erde geben jährlich rund zehn Milliarden für Kriegszwecke aus. Eine andre Quelle der Verschwendungen liegt in der Art, wie das Land verwaltet wird. Eine dritte Quelle der Verschwendungen von Volkskraft ist die Arbeitslosigkeit. Im nächsten Jahre hoffen wir mit einer großen Vorlage hervortreten zu können zur Sicherung der lohnarbeitenden Klassen gegen die Folgen des Mangels von Arbeitsgelegenheit. Weniger Rüstungsmittel wendet man der Arbeitslosigkeit in den oberen Klassen zu, die ein nicht weniger ernstes Problem und die befruchtende Ursache der Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern ist. Männer und Frauen, deren Erziehungen und Ausbildung ungeheure Summen verschlungen hat, führen ein Leben des Mühlgangs. Das ist eine ganz wahnsinnige und schändliche Vergeudung wertvoller menschlicher Arbeitskräfte! Von solchen Mühlgangen gibt es aber hierzulande mehr als irgendwo sonst in der Welt. nimmt man diese Leute mit ihrer ganzen Familie und ihrem sonstigen reichen Anhang, so findet man, daß sich die Gesamtzahl auf etwa zwei Millionen beläuft. Das ist genau so, als wenn die großen Handels- und Industriestädte Manchester, Liverpool und Glasgow in grohe privilegierte Gemeinden verwandelt würden, in denen kein Mensch einer produktiven Beschäftigung nachgeht und alle Tätigkeit bloß darin besteht, daß sich die einen angeln und die andern ihnen dabei beihilflich sind! Kann man sich eine ärgerliche Verküpfung, eine unerträglichere Last für die menschliche Gesellschaft — kann man sich aber auch eine größere Überhöhung vorstellen, als ein berartiges System? Und doch ist dieses System kennzeichnend für die Zukunft, unter denen wir in diesem Lande existieren, wo ein Teil der Bevölkerung ohne Arbeit ein Leben des verschwendischen Mühlgangs führt, während die große Masse der andern ein Leben harter Arbeit lebt, ohne für Nahrung, Kleidung und Erholung genug zu erwerben. Das ist das Problem der Industrialisierung! Nicht bloß in England, auch in allen andern Ländern. Zu manchen Zeiten überwintern die Ströme des Reichtums gewisse besonders begünstigte Regionen und verwandeln sie dadurch in einen Morast, der die soziale Atmosphäre vergiftet. Andere hängen von einem kleinen Wächlein ab, das bei jeder Dürre rasch vertrocknet, und da gibt es dann zu Zeiten großer Massen von Männern und Frauen bis her Sagen der Hölle nicht mehr erreicht, dann haben Sie den Andeutungen ausgemergelter Menschenmenschen, blässer, abhärmter Gesichter, einer Wüste, in deren Dürre selbst die Träne versiegkt!

Was soll geschehen? Darin stimme ich nun wieder ganz mit Chamberlain überein: Nur fühne die Mittel handeln. Alles, was wir bisher getan haben, war zu schwächer und zu schwach. Das Problem muss von großen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Die Zeit ist gekommen, alle Lebensbedingungen der Nation und des Reiches zu revidieren, und wehe der Generation, der der Mut zur Lösung dieser Aufgabe fehlt!

Fachtechnisches.

Patentschau. Von Patentbüro O. Prüger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigst. Ansprüche frei.

Angemeldete Patente:

- Al. 75c. F. 28 119. Farbbehälter mit drehbar gelagerten Rührflügeln zum Mischen der dem Blasen zuführenden Farbstoffflüssigkeit. Georg Heinrich Fischer, Neustadt a. S. Ang. 28. 7. 09.
- Al. 75c. G. 28 722. Farbzisterne, bei dem die Luft- und die Farbzisterne sowie der Farbbehälter gemeinsam ausgewechselt werden können. Clemens Graeff, Berlin und Hans Millorek, Schönebeck. Ang. 3. 3. 09.
- Al. 76c. M. 41 370. Verstellbarer Mal- und Zeichenrahmen mit einer Anzahl von Scharnen in den Grundleisten zur Aufnahme der Querleisten. Martha Marburg, Münzel b. Oldesloe, Holst. Ang. 25.5. 10.

Gebrauchsmuster:

- Al. 84f. 435 523. Transparentes Porträt. Witterungsseit Industrie. Henne & Lübbke, Hannover. Ang. 15. 8. 10.
- Al. 76c. 435 579. Meißelmaßstab mit Staffeleipalette. Dr. Joachim von Bülow, Berlin. Ang. 20. 6. 10.
- Al. 76c. 438 205. Malergerät. H. Stumpfle, Konstanz. Ang. 27. 5. 10.
- Al. 75a. 432 591. Elektronenzeuger mit zwei Handgriffen. Alub. Oheim, Freiburg i. Br. Ang. 30. 6. 10.
- Al. 42b. 227 218. Farbenprüfer mit zwei am Okularende zusammenlaufenden Schleifen. Prof. William Lovibond, Salisbury, England. Ang. 24. 4. 10.
- Al. 76b. 226 590. Verfahren zum Übertragen von gerührten und andern Bildern auf Steine u. dgl. durch Auflegen einer flüssigen Masse auf das Bild und Abziehen der Unterlage. Bif. a. Pat. 223 774. Al. 2. de Nooy, Haarlem, Holl. Ang. 9. 4. 09.
- Al. 75b. 226 591. Verfahren zum Übertragen von Bildern auf andere Unterlagen. Bif. a. Pat. 223 774. Al. 2. de Nooy, Haarlem, Holl. Ang. 23. 1. 10.
- Al. 81a. 228 977. Maschine zum Rollen von Tüchern mit flüssiger Masse. Friedr. Ch. Hentschel, Batavia. Ang. 23. 7. 08.

Fachliteratur.

Hest 8 (Nov. 1910) der Deutschen Malerzeitung Die Mappe ist sieben erschienen. Druck und Ausstattung sind, wie immer, vorzüglich. Der textliche Teil ist reichhaltig und belehrend. Von den fünf Taschen sind vier

in farbiger Ausführung und enthalten ein Kinderzimmer, entworfen von O. Obermeier in München, zwei malerische Bildtafeln von Emil Block in Leipzig, ein bürgerliches Wohnzimmer, entworfen von Ludw. von Trier, und ein Jagdfries, entworfen von Aug. Friede in München. Tafel 40 bringt zwei flott entworfene Alphabete von Hans Hosp-München. Der Abonnementpreis dieser empfehlenswerten Zeitschrift beträgt vierteljährlich 3 Mk. für Deutschland, 4 Mk. für Österreich-Ungarn und 4.50 Mk. für das übrige Ausland. Verlag von Georg D. W. Callwey in München.

Illustrierter deutscher Malerkalender für 1911 nebst Beileft: Preisliste für Maler-, Lackierer- und Anstreicherarbeiten und Stundenlöhntabelle. Herausgegeben von Cornelius Hebel, Dekorationsmaler, Medaillleur der Deutschen Malerzeitung Die Mappe. Verlag von Georg D. W. Callwey-München. Preis des Exemplars 2 Mk. Zum 20. Male ist dieser in den Kollegenkreisen wohlbekannte Malerkalender erschienen und wird wie auch die früheren dazu beitragen, seine alten Freunde aufzufinden zu helfen. Der Bearbeitung des technischen Teils hat der Herausgeber seine besondere Sorgfalt gewidmet, immer von dem bewährten Standpunkt ausgehend, nur wirtschaftlich brauchbares Material zu bringen. Auch der sonstige Inhalt: Gewerbegelehrtes, Illustrationen, Tabellen, Tafeln usw., ist darum berechnet, ihn für den täglichen Gebrauch schnell bei der Hand zu haben, was ja der Aufgabe eines praktischen und empfehlenswerten Kalenders entspricht.

Sterbetafel.

Breslau. Am 3. November ist der Kollege Alexander Roy im 58. Lebensjahr verstorben. Darmstadt. Am 23. Oktober verstarb der Kollege Adam Diez nach langer Krankheit im Alter von 24 Jahren. Nowawes. Am 29. Oktober verstarb infolge eines Unglücksfalles unser Kollege Otto Wittich im 29. Lebensjahr.

Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten.

M. Wilhelmshaven. Wenn ich auch die Gabler-Berger Stenographie lesen kann, ist es doch nicht angängig, Berichte usw. stenographiert einzusehen. Nicht auf die Länge eines Berichts kommt es an, sondern darauf, daß er den Kern der Sache objektiv und wahrheitsgetreu möglichst kurz darlegt resp. den Verlauf einer Versammlung schildert, wenn allgemeines Interesse vorliegt. Gruss.

Warning. Vor dem ledigen Malergerüsts Moritz Wagner aus Breslau gab an, aus Neiße zu sein, der in mehreren Orten der Oberpfalz Kollegen wie auch seine Logistwirte um Geldbeträge beschwindelte, wird gewarnt.

Vereinsteil.

Sozialistisch.

Bericht der Hauptklasse vom 1. bis 7. November 1910.

Eingesandt wurden für die Hauptklasse: Göttingen Mk. 112.—, Bromberg 6.—, Regensburg 200.—, Wilhelmshaven 307.50, Nowawes 101.15, Eisenach 100.—, Würzburg 200.—, Niederschlesien 10.60.

Berichtigung. In Nr. 44 muß es unter der Quittung des „Vereins-Anzeigers“ statt Halle Stuttgart 4.80 heißen.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken.

D. = Duplikatmarken. K. = Kalender.

Br. = Broschüren. Pr. = Protokolle.

M. M. = Marken-Mappen. T. = Tütterale.

R. = Kalender.

Augsburg 5 D. 40 N.; Brandenburg 45 N.; Bremen 30 G.; Bromberg 9 G.; Celle 400 B. a 60 S.; 800 B. a 20 S.; Coblenz 5 N.; Crefeld 800 B. a 25 S.; Duisburg 800 B. a 20 S.; Duren 800 B. a 25 S.; Erfurt 100 N.; Flensburg 800 B. a 60 S.; 1200 B. a 30 S.; Freiburg 30 G.; 80 N.; Göttingen 20 N.; Hannover 150 N.; Heidelberg 400 B. a 20 S.; 20 G.; Hof 10 N.; Korrach 400 B. a 60 S.; 400 B. a 20 S.; 80 G.; Hof 10 N.; Neuhausen 400 B. a 25 S.; 15 N.; Neuwied 400 B. a 25 S.; Oberstein 5 N.; Ostrovo 15 N.; Pforzheim 400 B. a 60 S.; 400 B. a 25 S.; 20 G.; Rathenow 15 N.; Reichenbach 400 B. a 50 S.; 800 B. a 25 S.; 25 N.; Siettlin 40 N.; Weimar 20 N.; Wittenberge 200 B. a 60 S.; 200 B. a 20 S.; 80 G.; 25 N.; 25 N. S. Wenzler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbetafel der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands eingetragen. Zusatznr. 21.

Bericht des Hauptklasserers vom 30. Okt. bis 5. Novr.

Überschüsse wurden von den örtlichen Verwaltungen eingezahlt durch Themen-Nürnberg 400 N.; Wörner-Arndt 100 N.; Döring-Görlitz 100 N.; Rohr-Altona 200 N.; Marienstein-München 300 N.; Eichler-Wolfsburg 200 N.; Laune-Bremen 100 N.; Rothen-Adlershof 100 N.

Buschüsse wurden an folgende örtliche Verwaltungen abgezahlt: Böhmen-Franfurt a. M. 150 N.; Bachhausen-Everfeld 300 N.; Münd-Celle 100 N.; Buchholz-Blankensee 50 N.; König-Heilbronn 100 N.

Krankengelder erhielten: Buchn. 28.045, N. Walosse-Breslau, 13.50 N.; Buchn. 24.388, N. Böhl. Tafel in Cassel, 13.50 N.; Buchn. 24.318, G. Spielmann in Cassel, 13.50 N.; Buchn. 6729, G. Ermlid in Mülhausen, 13.50 N.; Buchn. 5505, G. Böhm in Cassel, 13.50 N.; Buchn. 24.864, G. Langer in Breslau, 13.50 N.; Buchn. 15.987, G. Jäger in Bamberg, 13.50 N.; Buchn. 5478, G. Gottschmidt in Cassel, 13.50 N.; Buchn. 5501, G. Reuß in Cassel, 7.50 N.

G. Warnde, Hauptklasserer.

N.B. Alle Geldsendungen, Briefe usw. sind von jetzt ab nur an die Adresse: Fr. Warnde, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17, 2. Etg. zu richten.

